

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigezaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Die Berufsgenossenschaften im Jahre 1910.

Vom Reichsversicherungsamt sind die Nachweisungen der gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1910 veröffentlicht worden. Die Nachweisungen erstrecken sich — wie in den Vorjahren — auf 66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, auf 546 Ausführungsbehörden und 14 Versicherungsanstalten. Auf Grund der Gewerbe-, Bau- und Seefahrtversicherungsgesetze bestehen 66 Berufsgenossenschaften mit 725 109 Betrieben und 9 381 878 Versicherten (8 291 936 Vollarbeiter); auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft bestehen 48 Berufsgenossenschaften mit 5 434 100 Betrieben und 17 179 000 Versicherten. Die 646 Ausführungsbehörden umfassen 992 694 Versicherte und die 14 Versicherungsanstalten 85 430 Vollarbeiter. Die Gesamtzahl der versicherten Personen stellt sich auf 27 533 572 gegen 27 167 000 im Vorjahre. In dieser Zahl erscheinen aber etwa 3,4 Millionen doppelt, weil sie zu gleicher Zeit in Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert waren. Es sind also im Jahre 1910 rund 24,1 Millionen Personen gegen die Folgen von Unfällen versichert gewesen. Bei den 114 gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und ihren Sektionen waren am Schluß des Jahres 1910 1161 Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 26 646 Vertrauensmänner, 4470 Verwaltungsbeamte und 385 technische Aufsichtsbeamte tätig. Die Personen rekrutierten sich beinahe ausschließlich aus Unternehmerkreisen, die Arbeiter sind bekanntlich bei der Verwaltung der Berufsgenossenschaften ausgeschaltet. Die Reichsversicherungsordnung hat in diesem Zustand wenig geändert, doch ist ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen; zur Beratung und zur Beschlussfassung über die Unfallverhütungsvorschriften hat der Genossenschaftsvorstand künftig Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zuzuziehen. Diese Vertreter haben auch bei Gutachten über Schutzvorschriften auf Grund des § 120 c Absatz 2 der Gewerbeordnung mitzuwirken und sollen alljährlich zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung nehmen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften anregen. Die Wahl dieser Vertreter erfolgt durch die Beisitzer der Oberversicherungsämter. Es gilt also, in diese Ämter die richtigen Männer zu wählen, die in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter in bezug auf die Unfallverhütung nachdrücklich zu vertreten.

Die erste Aufgabe dieser Vertreter wird sein, mehr Aufsichtsbeamte und eine schärfere Kontrolle zu fordern. Die jetzt vorhandene winzige Zahl von Aufsichtsbeamten vermag eine regelmäßige Betriebsrevision in kurzen Zeiträumen nicht durchzuführen. Daß eine scharfe Kontrolle dringend notwendig ist, zeigt wieder die Zahl der im Jahre 1910 vorgekommenen Unfälle. Es wurden bei den Berufsgenossenschaften 672 901 Unfallanzeigen erstattet gegen 664 247 im Jahre 1909 und 602 821 im Jahre 1908. Gegen das Jahr 1909 sind also 8714 Unfälle mehr zu verzeichnen. Gegen 1908 beträgt die Steigerung der Unfälle 10 640.

Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1910 zum erstenmal eine Entschädigung zu zahlen war, das heißt also die Zahl der schweren Unfälle, belief sich auf 132 064 gegen 130 070 im Jahre 1909 und 142 905 im Jahre 1908. An der Abnahme der entschädigten Unfälle sind hauptsächlich die landwirtschaftlichen Betriebe beteiligt, in den gewerblichen Betrieben tritt die Abnahme weniger in Erscheinung. Der Rückgang der entschädigten Unfälle wäre als sehr erfreuliche Erscheinung zu buchen, wenn er in vollem Umfang einer wirklichen Abnahme der Unfallziffern entsprechen würde. Wir verkennen nicht, daß die Unfallverhütung

Fortschritte verzeichnet; ein Teil des Rückgangs der entschädigten Unfälle ist jedoch nur auf die Praktiken der Berufsgenossenschaften zurückzuführen, die den Verletzten eine Entschädigung nur zubilligen, wenn es sich nicht mehr umgehen läßt, und die auf jede Weise versuchen, die Zahl der entschädigten Unfälle herabzudrücken. Im allgemeinen ist eine Steigerung der Unfälle eingetreten; durch die oben wiedergegebenen Zahlen ist das nachgewiesen.

Von den Unfällen des Jahres 1910 hatten 8857 den Tod zur Folge. Bei 1072 Personen trat eine völlige dauernde Erwerbsunfähigkeit ein. Die meisten Toten forderten die gewerblichen Betriebe. Auf diese kamen 5292 Tote, in den landwirtschaftlichen Betrieben ereigneten sich 2788 tödliche Unfälle. In den staatlichen und kommunalen Betrieben sind 777 tödliche Unfälle vorgekommen. Die Getöteten hinterließen 5956 Witwen, 12 416 Kinder (Enkel) und 279 Verwandte aufsteigender Linie.

Für die Beurteilung der Unfallhäufigkeit stehen nur die Angaben zur Verfügung, die über die entschädigten Unfälle gemacht worden sind. Folgende Tabelle zeigt für die einzelnen Berufsgruppen die Zahl der entschädigten Unfälle und die Unfallgefahr für die Jahre 1909 und 1910.

In der Gruppe beziehungsweise Berufsgenossenschaft	Zahl der entschädigten Unfälle	Auf tausend Vollarbeiter kommen Unfälle	
		1910	1909
Knappschäften	12112	14,67	15,38
Steinbruch	2239	13,60	15,83
Feinmechanik und Elektrotechnik.....	1433	5,20	5,76
Eisen und Stahl.....	13154	9,80	10,45
Metall.....	1456	6,86	6,58
Musikinstrumentenindustrie	174	5,18	6,06
Glas.....	279	3,60	4,65
Tabakerei	254	2,76	3,04
Ziegelei	1609	8,48	9,07
Chemische Industrie	1776	7,71	8,63
Gas- und Wasserwerke	439	6,21	7,17
Textilindustrie	2379	2,75	2,86
Papiermacher	804	8,97	9,16
Papierverarbeitung	491	3,66	4,15
Lederindustrie.....	488	6,01	5,86
Holzindustrie	4589	11,03	11,75
Müllerei	876	13,80	14,20
Nahrungsmittelindustrie.....	781	4,62	4,96
Zucker	468	8,51	9,08
Molkerei, Brennerei- u. Stärkeindustrie	373	7,11	8,19
Brauerei und Mälzerei	1266	10,73	12,07
Tabakindustrie	100	0,60	0,52
Bekleidungsindustrie	553	1,93	2,00
Schornsteinfeger	31	4,95	6,97
Bauwesen	9757	9,99	10,58
Buchdrucker	472	2,98	2,96
Privatbahnen.....	104	5,22	5,35
Straßen- und Kleinbahnen	463	5,96	6,43
Wagerei	3274	8,20	9,02
Fuhrwerk	1957	19,38	19,96
Binnenschifffahrt.....	791	13,67	13,69
Seeschifffahrt.....	421	5,64	5,59
Tiefbau	2524	13,88	15,44
Fliehkraft	1224	8,16	8,93
Marine und Heeresverwaltung	271	4,23	4,32
Öffentliche Baubetriebe	724	6,58	7,53
Eisenbahn, Post und Telegraphen...	3075	6,26	7,28
Staatschifffahrt, Waggerei, Flößerei ..	50	6,84	10,92

Die Metallberufsgenossenschaften, die Lederindustrie-, Tabak-, Buchdrucker- und Seeverberufsgenossenschaften haben eine relative Zunahme ihrer Unfälle zu verzeichnen; in allen andern Berufsgenossenschaften ist ein Rückgang eingetreten. Die höchsten Unfallziffern hat — wie schon seit Jahren — die Fuhrwerksberufsgenossenschaft mit 19,38 Unfällen auf 1000 Vollarbeiter, an zweiter Stelle steht die Knappschäftsberufsgenossenschaft mit 14,67 Unfällen auf 1000 Vollarbeiter; hohe Unfallzahlen haben auch die Steinbruch-, Müllerei-, Binnenschifffahrts-, Holz-, Brauerei- und die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften. Im Gesam-

durchschnitt sämtlicher gewerblicher Berufsgenossenschaften kommen auf 1000 Vollarbeiter 8,86 entschädigungspflichtige Unfälle gegen 8,93 im Vorjahre. Als Gesamtausgabe werden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften (nach Abzug der von den Versicherungsanstalten der Bau-, Gewerkschaftsberufsgenossenschaften und der Tiefbauberufsgenossenschaft erstatteten Pauschbeträge) M 162 154 056 (gegen M 147 362 066,77 im Vorjahre) und von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften M 42 819 595,67 (gegen M 40 436 477,13 im Vorjahre), zusammen M 204 473 651,67 nachgewiesen.

Die Gesamtsumme der zu zahlenden Entschädigungsbeträge (Renten usw.) hob sich im Berichtsjahr auf M 163 326 820. Für Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Wartezeit sind M 1 098 607,88 zur Auszahlung gekommen. Für die Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen, für den Rechtsgang (Schiedsgerichte usw.) und für die Unfallverhütung wurden von den Berufsgenossenschaften zusammen M 10 342 976,10 ausgegeben. In die Reservefonds sind für das Jahr 1910 M 21 597 014,75 eingeleistet worden. Als Verwaltungskosten, einschließlich der sonstigen Ausgaben, werden für die Berufsgenossenschaften insgesamt M 17 332 805,35 nachgewiesen. Die laufenden Verwaltungskosten betragen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften M 11 639 675,68, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften M 4 026 371,82.

Die für die Unfallverhütung ausgegebenen Summen sind äußerst niedrig. Die in den Berufsgenossenschaften am Ruder befindlichen Unternehmer zahlen anscheinend lieber jedes Jahr mehr Entschädigungsbeträge anstatt daß sie in ihren Betrieben Remedur schaffen, um damit die Unfallgefahr und die Entschädigungsbeträge herabzumindern. Eine Aenderung dieses verkehrten Systems ist erst möglich, wenn die Arbeiter ernstlich zur Mitarbeit herangezogen werden.

Hoffen wir, daß dies nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung geschieht, damit die blutigen Opfer sich verringern, die jedes Jahr im Dienste der Arbeit gebracht werden müssen.

An die Verbandsmitglieder!

Die Verhältnisse in der Krankenversicherung unserer Mitglieder waren seit einer Reihe von Jahren sehr zufriedenstellend. Während die Mehrzahl unserer Mitglieder durch die Korporationen der Arbeitgeber — die Innungen — mit allen denselben zu Gebote stehenden Mitteln förmlich in die Innungs-Krankenkassen hineingepreßt wurden, welche in den letzten Jahren in allen Städten wie Pilze aus der Erde schossen, daß heißt von den Innungen auf Kommando ihres „Germania“-verbandes errichtet wurden, müssen die Kollegen und Kolleginnen in vielen Großbetrieben den Betriebskrankenkassen angehören. In einigen andern Städten sind die Kollegen und Kolleginnen in den Ortskrankenkassen gegen Krankheit versichert, und daneben war es bis zum Schluß des Vorjahres nur ein verschwindend kleiner Teil unserer Verbandsmitglieder — es kommen fast nur Väter in Frage —, die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Väter und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden) waren. Von diesen circa 4000 Verbandsmitgliedern, welche jener freien Hilfskasse angehörten, waren ungefähr zwei Drittel in derselben nur einfach versichert, während das übrige Drittel doppelt versichert war, also neben der Zwangskasse noch der freien Hilfskasse angehörte.

Diese freie Hilfskasse, welche seit dem Jahre 1884 bestand, hat unzweifelhaft in der langen Zeit ihres Bestehens segensreich für die Kollegenschaft gewirkt; aber durch die wiederholten Drangsalierungen seitens der Gesetzgebung und der Behörden, dann weiter durch die Gründung so vieler Innungs-Krankenkassen, war sie seit einem Jahrzehnt vollständig zur Stagnation verurteilt. Die Mitgliederzahl vergrößerte sich nur wenig, und in den letzten Jahren gar nicht mehr. Die älteren Kollegen, welche infolge der schauerhaften Ausbeutung in unfürher Verufe sehr viel zu Krankheiten geneigt sind, blieben Mitglieder dieser freien Hilfs-

Kasse, aber es fehlte ihr der junge Nachwuchs, den die Funktionäre der Innungen in die Innungskassen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln förmlich hineinbrachten. So wirtschaftete die freie Hilfskasse finanziell immer schlechter, und trotzdem die Beiträge der Mitglieder auf drei Generalversammlungen je um 10 pSt. oder mehr erhöht wurden, ohne die Leistungen gegenüber den kranken Mitgliedern wesentlich zu erhöhen, ging der Vermögensbestand der freien Hilfskasse immer weiter zurück.

Mit diesen Verhältnissen, die in ihrer Ungunst immer klarer zutage treten mußten, beschäftigten sich die letzten Generalversammlungen der Kasse. Nur die Zentralleitung derselben war noch hoffnungsvoll und glaubte immer noch daran, daß für die Kasse bessere Zeiten kommen würden.

Die allen kleinen freien Hilfskassen den sicheren Tod bringende Reichsversicherungsordnung hatte gerade noch gefehlt, um der Zentralkrankenkasse unseres Berufs die Existenz vollständig unmöglich zu machen; sie hätte sich auch ohne diese gesetzgeberische Schikane nicht länger halten können.

So lagen die Verhältnisse in der Zentralkrankenkasse, als am 29. und 30. Mai 1910 in Berlin deren letzte ordentliche Generalversammlung stattfand. Auf dieser Generalversammlung wurde nach eingehender Begründung durch unseren Vorsitzenden Allmann — in welcher er darauf hinwies, daß er schon auf der Generalversammlung der Kasse im Jahre 1901 in Leipzig und 1904 in Braunschweig darauf aufmerksam gemacht und zahlenmäßig nachgewiesen hatte, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß die freien Hilfskassen in unserem Berufe jemals wieder auf einen grünen Zweig kommen könnten, und in seinen Ausführungen ungefahr dem Sinne nach dasselbe sagte, was die Kollegen auf Seite 152 bis 161 des Protokolls des Verbandstages 1910 in Berlin finden — ein Antrag der Verwaltungsjahre Altona angenommen — und zwar mit großer Majorität —, der lautete:

„Eine dreigliedrige Kommission einzusetzen, welche gemeinsam mit dem Kassenvorstand und dem Vorstand des Verbandes der Bäcker und Konditoren zu erwägen hat, ob und wie ohne Nachteile der Kassemitglieder ein Zusammenschluß der Krankenkasse mit dem Verband zu erzielen sei. Diese Kommission berichtet über ihre Vorschläge einer 1911 stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung der Krankenkasse.“

In die Kommission wurden gewählt Max Barth-Berlin, Hans Reile-München und Ludwig Wagner-Frankfurt am Main.

Als am Schluß der Generalversammlung das Protokoll verlesen wurde, zeigte sich zum Erstaunen der Delegierten, daß auf Veranlassung des Kassenvorstandes Reichsmann etwas in diesen Beschluß hineingedichtet war, was nicht beabsichtigt war. Reichsmann hatte in diesen Beschluß einfügen lassen, daß die außerordentliche Generalversammlung 1911 nur tagen sollte, wenn dieses durch die vom Reichstag beratene Reichsversicherungsordnung notwendig sei. Die Delegierten protestierten gegen dieses Vorgehen Reichsmanns und der unberechtigte Zusatz mußte gestrichen werden. Auf dem an die Generalversammlung der Krankenkasse anschließenden Verbandstage des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wurde mit ziemlicher Einstimmigkeit — nur die Mitglieder des Kassenvorstandes enthielten sich der Abstimmung — folgende Anträge beschlossen:

„Es ist dringende Pflicht aller Instanzen des Verbandes wie aller seiner Mitglieder, für eine zweckmäßige Vereinheitlichung der Krankenversicherung in der Art leistungsfähiger Ortskrankenkassen einzutreten. Die Versuche der Arbeitgeber, die gegen Krankheit versicherten Berufsangehörigen in Betriebs- und Innungskassen vollständig rechtlos zu machen, sind mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Werden jedoch entgegen unserem Protest Innungskassen errichtet, dann wäre es taktisch unklug, die Berufsangehörigen durch Zuführung derselben in eine freie Hilfskasse der Innungskasse entziehen zu wollen, sondern dann ist es Pflicht aller Berufsangehörigen, sich dieser Innungskasse anzuschließen und durch geeignete Maßnahmen in derselben zu versuchen, nach Möglichkeit die Rechte der Versicherten zu erweitern und ihren Einfluß auf die Leistungen solcher Kassen zu stärken.“

Die freie Hilfskasse mit dem Sitz in Dresden und daneben noch einige kleine lokale Krankenkassen für unsere Berufsangehörigen haben ohne Zweifel viel dazu beigetragen, unter freier Selbstverwaltung durch die Versicherten die Interessen der Berufsangehörigen in diesen Kassen wirksam zu vertreten; leider sind aber durch die mühe Bekämpfung seitens der Arbeitgeber diese freien Hilfskassen zur Stagnation und Leistungsunfähigkeit verurteilt. Sie haben ihre historische Mission erfüllt und es ist leider keine Möglichkeit vorhanden, sie gegenüber der Bekämpfung durch die Regierung und Arbeitgeber wieder auf ihre frühere Höhe zu bringen. Deshalb erscheint es geraten, diese Hilfskassen eingehen zu lassen und an deren Stelle in der Gewerkschaft eine Beitragskasse mit höheren Zuschüssen in Krankheitsfällen der Mitglieder zu schaffen, welcher sich die bisherigen Mitglieder der freien Hilfskassen anschließen können.

Eventualantrag.

„Der Vorstand wird bevollmächtigt, in dem Falle, wo die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen (Sitz Dresden) oder eine der beiden Lokalkrankenkassen in Hamburg-Altona oder alle drei freien Hilfskassen, die noch für unsern Beruf bestehen, sich nach getroffener Vereinbarung zwischen den Verwaltungen dieser Organisationen unserm Verbande anschließen, für die Mitglieder dieser Krankenkassen, soweit dieselben gleichzeitig Mitglieder unseres Verbandes sind, eine freiwillige Beitragskasse mit einem Wochenbeitrag von M 1 einzurichten, in welcher neben der Arbeitslosen- und Reise-, Umzugs- und Hinterbliebenen-Unterstützung, wie sie für die Mitglieder in der Beitragskasse zu 75 pSt pro Woche vorgesehen sind, eine erhöhte Krankenunterstützung von pro Tag M 2 auf die Dauer von 26 Wochen im Jahre gewährt wird.“

Für Nichtmitglieder des Verbandes, die als Mitglieder solcher Krankenkassen in derartigen Falle zum Verbandsübertritt, soll gegen einen Beitrag von höchstens 50 pSt dieselbe Kranken- und Sterbeunterstützung gewährt werden. Letztere Mitglieder haben jedoch keinen Anspruch auf die übrigen Unterstützungen des Verbandes.

Für die Auszahlung der hier festgesetzten Unterstützung an diese Mitglieder sind im übrigen die Bestimmungen des Unterstützungsreglements maßgebend.“

Nach den Beschlüssen der Generalversammlung der Krankenkassen glaubten nun die Mitglieder der Kommission, ebenfalls aber auch der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Bäcker und Konditoren, daß der Kassenvorstand bald Schritte einleiten würde, um auf einer Konferenz dieser drei Körperschaften ernstlich die Frage zu erörtern, auf welche Weise nun die Beschlüsse durchgeführt werden sollten. Aber volle vier Monate verinauen und der Kassenvorstand ließ in dieser Sache nichts von sich hören.

Da wandte sich die Kommission am 12. Oktober 1910 an den Kassenvorstand und ersuchte, zum 20. und 21. November 1910 eine gemeinsame Sitzung der drei beteiligten Körperschaften einzuberufen. Der Kassenvorstand lehnte das Ersuchen ab mit der Begründung, daß er „Gelder der Kasse für solche Zwecke nicht verwenden dürfte“.

Die Kommission verständigte nun von der erfolgten Abweisung des Verbandsvorstandes, welcher beischloß, die Kosten solcher Konferenzen auf den Verband zu übernehmen, um dem Kassenvorstand die Ausrede zu nehmen, daß aus finanziellen Gründen die in Aussicht genommene Konferenz nicht tagen könne. Am 7. Januar 1911 erklärte sich der Kassenvorstand mit diesem Vorschlage einverstanden und fand nun am 12. April 1911 diese Konferenz in Hamburg statt.

Nachdem die Verhandlungen einen vollen Tag gedauert hatten, erklärten sich schließlich die Vertreter des Kassenvorstandes Reichsmann, Neymann und Straube bereit, dafür zu sorgen, daß der Beschluß der letzten Generalversammlung 1910 durchgeführt würde und im Herbst 1911 die in Aussicht genommene außerordentliche Generalversammlung der Kasse stattfinden werde. Dieser Generalversammlung sollte ein Statutenentwurf des Kassenvorstandes nebst dem Antrage auf Umwandlung der Kasse in eine freie Hilfskasse unterbreitet werden. Die freie Hilfskasse sollte jedoch nur ein Uebergangsstadium sein, bis es möglich werde, dieselbe mit dem Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands zu vereinigen.

Auf einer Sitzung des Krankenkassenvorstandes und -Ausschusses am 1. Juli in Dresden, an der die Delegierten unseres Verbandes zum Gewerkschaftskongreß Allmann, Weidner, Barth, Heischold und Gahner teilnahmen, erklärte der Kassenvorstand, daß er nunmehr den Beschlüssen der Konferenz vom 12. April in Hamburg vollinhaltlich beigetreten sei.

Der Vorstand versprach, einen Statutenentwurf für eine zu errichtende Hilfskasse auszuarbeiten. Diese Hilfskasse sollte sich dann in absehbarer Zeit mit dem Verbande der Bäcker und Konditoren zusammenschließen. Der vom Kassenvorstand ausgearbeitete Statutenentwurf sollte zuerst an unsern Verbandsvorstand gehen, um gemeinsam mit diesem beraten zu werden, und wenn zwischen den Vorständen beider Organisationen Uebereinstimmung erzielt sei, solle der Entwurf den Verwaltungsstellen der Kasse übermittlelt werden.

Leider mühen wir gesehen, daß diese Abmachung nicht eingehalten worden ist, denn bis zum Statfinden der Generalversammlung der Zentralkrankenkasse war dem Verbandsvorstand noch kein Statutenentwurf zugegangen.

Diese außerordentliche Generalversammlung der Zentralkrankenkasse fand am 24. September in Berlin statt und beschloß die Umwandlung der freien Hilfskasse in eine Hilfskasse.

Einstimmig kam der Wille der Delegierten dahin zum Ausdruck, daß diese Hilfskasse keine dauernde Einrichtung werden sollte, sondern es sollten vom Kassenvorstand gemeinsam mit dem Verbandsvorstand Mittel und Wege gesucht werden, wie schließlich diese Hilfskasse an den Verband angegliedert werden könne. Vom Kassenvorstandenden Reichsmann wurde seitens der Delegierten eine Erklärung verlangt, ob er gewillt sei, in diesem Sinne zu wirken, welche Erklärung derselbe verweigerte. Dagegen erklärten die Mitglieder des Kassenvorstandes Bruno Neymann und Arthur Straube, im Sinne des feststen Willens der außerordentlichen Generalversammlung wirken zu wollen.

Die außerordentliche Generalversammlung beschloß noch, daß der Kassenvorstand mit dem Verbandsvorstandenden Allmann in Dresden eine Sitzung abhalten sollte. Dieselbe fand am 2. Oktober statt, und hier erklärte der Vorsitzende der Krankenkasse, Kollege Reichsmann, daß er es ablehnen müsse, im Sinne des Willens der außerordentlichen Generalversammlung zu wirken. Er könne und würde nicht für einen Zusammenschluß der Krankenkasse mit dem Verbandsvorstand wirken.

Nunmehr mußte sich die Leitung unserer Organisation sagen, daß jeder weitere Versuch vergebens sei, durch Verhandlungen mit dem Kassenvorstand zu einem Ziele zu gelangen.

Der Verbandsvorstand wurde nun von allen Seiten aus den Reihen seiner Mitglieder bekräftigt, daß er die Beschlüsse unseres letzten Verbandstages, ohne Rücksichtnahme auf die Stellung der Verwaltung der freien Hilfskassen, durchführen solle.

Es wurde beschlossen, zum 16. und 18. Dezember noch eine Konferenz mit dem Ausschuhvorsitzenden und den Gauleitern nach Dresden einzuberufen, welcher Sitzung ausführlich begründete Anträge des Verbandsvorstandes unterbreitet wurden, die darauf hinzielten, am 1. April 1912 in unserm Verbande die Beitragskasse à M 1 zur Einführung gelangen zu lassen und allen Mitgliedern, welche bisher einer freien Hilfskasse angehört haben und sich nun in die erhöhte Beitragskasse überschreiben lassen, bis zur Höchstdauer von 26 Wochen im Jahre pro Tag M 2 Krankenzuschuß zu gewähren.

Am 16. Dezember fand auf unser Verlangen jedoch noch eine letzte Aussprache mit dem Vorstand und Ausschuh der Zentralkrankenkasse statt, welche aber ebenfalls nur ein negatives Ergebnis hatte; denn der Vorsitzende der Zentralkasse, Reichsmann, erklärte auch hier, daß er nicht im Sinne des Willens der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Kasse wirken könne noch wolle.

Der Kollege Neymann machte noch den Vorschlag, die Einrichtung der neuen Beitragskasse mit der erhöhten Krankenunterstützung in unserm Verbande nicht vor dem 1. April 1912 vorzunehmen zu wollen und die Verabschiedung

des Beschlusses nicht vor dem 1. Februar vorzunehmen, bis dahin würden sich Vorstand und Ausschuh der Krankenkasse noch einmal gründlich mit der Sache befaßt haben. Diesem Wunsche wurde entsprochen und im übrigen folgender Beschluß gefaßt:

„Angesichts der Tatsache, daß durch die neueren gesetzlichen Maßnahmen die bisher in unserm Berufe bestehenden freien Hilfskassen nicht mehr in der Lage sind, in derselben Weise wie früher zum Wohle der Kollegenschaft zu wirken, sondern sich in Zuschußkassen umgewandelt haben oder noch umzuwandeln werden, denen es aber nicht möglich ist, den Willen ihrer Mitglieder durchzuführen, diese Zuschußkassen mit unserer Gewerkschaft zu vereinigen, und weiter in Anbetracht des Umstandes, daß unser Verband durch den Ausbau seiner Unterstützungsanstalten, besonders aber des Krankenzuschusses, bisher schon als einen Teil seiner Aufgaben die Gewährung eines Zuschusses an erkrankte Mitglieder anerkannt hat, beschließt die gemeinsame Sitzung des Verbandsvorstandes mit dem Ausschuh und den Gauleitern, den Willen unseres Verbandstages 1910 zur Tatsache werden zu lassen, indem für alle unsere Mitglieder, die es für sich und ihre Familie als notwendig erachten, sich für Krankheitsfälle neben der unzureichenden Krankenunterstützung der Zwangs-Krankenkasse noch einen weiteren Krankengeldzuschuß zu sichern, die vom Verbandstag 1910 beschlossene erhöhte Beitragskasse à M 1 pro Woche am 1. März 1912 neu eingeführt wird.“

Mitglieder, welche ein Jahr oder länger dieser Beitragskasse angehören, erhalten unter Einrechnung der in demselben Jahr bezogenen statutengemäßen Arbeitslosen- oder (und) Reiseunterstützung, welche für die Beitragskasse à 75 pSt pro Woche vorgesehen ist, im Erkrankungsfall (Erwerbsunfähigkeit) pro Tag M 2 Krankenzuschuß bis zur Höchstdauer von

10 Wochen (70 Tage)	nach 1 Jahr Mitgliedschaft
14 " (98 ")	" 2 Jahren "
18 " (126 ")	" 3 " "
22 " (154 ")	" 4 " "
26 " (182 ")	" 5 " "

Diejenigen Mitglieder dagegen, welche mindestens ein Jahr dem Verbandsvorstand angehören und bis zum 31. Dezember 1912 in die Beitragskasse à M 1 pro Woche übertritten, dabei nachweisen können, daß sie bis zum Tage des Uebertritts in die höhere Beitragskasse mindestens ein Jahr oder länger in einer freien Hilfskasse oder Krankenzuschußkasse Mitglied waren, erhalten im Falle der Erkrankung (Erwerbsunfähigkeit) die für diese Beitragskasse vorgesehene Krankenunterstützung bis zu 26 Wochen auch schon dann, wenn sie kürzere Zeit als ein Jahr in dieser Beitragskasse bezahlten.

Solche Mitglieder dagegen, die mindestens ein Jahr oder länger dem Verbandsvorstand angehören und beim Uebertritt in die Beitragskasse à M 1 nachweisen, daß sie bisher wohl einer freien Hilfs- oder Zuschußkasse bis zu diesem Tage angehört, jedoch noch kein volles Jahr, müssen so lange der erhöhten Beitragskasse angehören, daß ihre Zugehörigkeit zu derselben unter Einrechnung der Kranken- oder Zuschußkassen-Zugehörigkeit ein volles Jahr ausmacht, ehe sie Anspruch auf die erhöhte Krankenunterstützung von M 2 pro Tag bis zu 26 Wochen haben.

Für die Anmeldung der Unterstützungsansprüche, Wartezeit von einer Woche und Auszahlung der Unterstützung in dieser erhöhten Beitragskasse sind im übrigen die Bestimmungen des Statuts und Unterstützungsreglements maßgebend.

Von den Beiträgen à M 1 sind an die Hauptkasse des Verbandes je 80 pSt abzuliefern, verbleiben den Zahlstellen also je 20 pSt.“

Der Verbandsvorstand hat in dieser Frage mit der größten Geduld und Ausdauer immer wieder versucht, mit dem Vorstand der Zentralkrankenkasse zu einer für die Mitglieder beider Organisationen erspriechlichen Einrichtung zu kommen, und wenn nicht vom Krankenkassenvorstand aus die größten Schwierigkeiten bereitet worden wären, dann hätte sich der gewünschte Zusammenschluß schon erzielen lassen, ehe durch die reaktionäre Gesetzgebung ein solcher vollständig unmöglich geworden war.

Dieses mangelnde Entgegenkommen des Kassenvorstandes soll nun nicht an den Mitgliedern der Krankenkasse vergolten werden, sondern wir haben uns gesagt, daß diejenigen Mitglieder, welche den wiederholten Ermahnungen der Verbandsleitung gefolgt sind und es als ihre moralische Pflicht erachtet haben, Mitglied der freien Hilfskasse zu sein und zu bleiben, nun auch in der Form, wie es durch diesen Beschluß geschieht, eine besondere Vergünstigung erhalten sollen, indem sie, wenn sie nachweisen können, daß sie am Tage des Uebertritts in die Beitragskasse von M 1 pro Woche mindestens ein Jahr oder länger der freien Hilfskasse angehört haben, dann auch sofort zum Bezuge der erhöhten Krankenunterstützung, also von täglich M 2 bis zur Höchstdauer von 26 Wochen im Jahre, berechtigt sind.

Wir wollen erwarten, daß sich diese neue Einrichtung in unserer Organisation gut bewähren wird.

An die Vorstände der Zahlstellen ist mittlerweile ein Zirkular des Verbandsvorstandes gesandt, worin sie aufgefordert werden, die Beitragsmarken der neuen Beitragskasse à M 1 bei der Verbandsleitung zu bestellen, sofern sie Mitglieder am Orte haben, welche sich der neuen Beitragskasse anschließen wollen. Diese Marken liegen zum Versand fertig.

Ausdrücklich sei hierbei noch darauf hingewiesen, daß die Mitglieder in ihrer freien Hilfskasse oder freien Zuschußkasse, der sie bisher angehört, für den betreffenden Monat ihren Beitrag an diese Kasse noch vollentrichten müssen, in welchem sie ihren Austritt aus der Kasse erklären. Mitglieder des Verbandes, die bereits im Januar ihren Austritt aus der Hilfskrankenkasse oder freien Zuschußkasse erklärten, also dort nur für Monat Januar ihren Beitrag entrichtet haben, müssen in unserm Verbande dann beginnend mit der sechsten Woche des Jahres, also vom 1. Februar ab, in der neuen

Beitragsstaffel à M 1 bezahlen, wenn sie sich das Vorrecht sichern wollen, daß sie, ohne die Wartezeit von einem Jahre durchmachen zu müssen, schon Anspruch auf Krankenunterstützung von täglich M 2 bis zur Dauer von 26 Wochen im Jahre haben.

Alle Mitglieder, die bisher Mitglied einer Hilfskranken- oder einer freien Zuschußkasse waren und jetzt in die Beitragsstaffel à M 1 übertritten, müssen ihr Mitgliedsbuch von dieser Kasse zur Legitimation an den Kassierer der Zahlstelle abliefern, welcher diese Bücher der Hauptverwaltung mitzusenden, um dieser korrekte Eintragungen in die Mitgliederliste zu ermöglichen.

Wie bisher nur solche erkrankte Mitglieder Krankenunterstützung vom Verbandsbezirk beantragen konnten, welche ihre Krankheit (Erwerbsunfähigkeit) durch ein ärztliches Attest nachweisen konnten, so wird auch ferner bei Auszahlung der Krankenunterstützung nach diesen Grundsätzen verfahren.

Als solches ärztliches Attest genügt aber in allen Fällen der vom Arzt ausgestellte Krankenschein der Krankenkasse, welcher nach Genehmigung durch den mit der Auszahlung betrauten Bevollmächtigten der Zahlstelle dem unterstützungsberechtigten Mitgliede wieder auszuhandigen ist.

Unser Verband hat mit diesem Vorrecht den bisherigen Mitgliedern der Hilfskranken- oder freien Zuschußkassen sehr großes Entgegenkommen gezeigt und wollen wir erwarten, daß dieses auch seitens unserer Mitglieder dadurch gewürdigt wird, daß dieselben sich in großer Zahl der neuen Beitragsstaffel à M 1 anschließen werden.

Der Verbandsvorstand.

J. U. O. Ullmann, Vorsitzender.

Zur Arbeitslage.

Zuverlässige Berichte über den Stand des Arbeitsmarktes liegen unmeist für den Monat Dezember des verfloffenen Jahres vor. Sie decken sich mit dem, was von uns über die Arbeitslage im letzten Bericht gesagt wurde. Die Lage hielt sich in den meisten Gewerben auf der Höhe des Vormonats; ein Rückgang trat namentlich im Baugewerbe ein, doch konnte infolge der milden Witterung viel im Freien gearbeitet werden, so daß sich die Schrecken des Winters bei den Bauhandwerkern noch nicht besonders bemerkbar machten.

Nach den Berichten der Krankenkassen ergab sich am 1. Januar 1912 gegenüber dem 1. Dezember 1911 eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder von zusammen 133 395. Die Abnahme kommt hauptsächlich auf die männlichen Versicherten. Gegen den Parallelmonat des Vorjahres ist die Abnahme geringer; im Dezember 1910 verminderte sich der Bestand um 158 677. Die Ziffern der an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Arbeitsnachweise lassen für den Berichtsmontat, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, dem Parallelmonat des Vorjahres gegenüber eine Verbesserung erkennen; dem Vormonat gegenüber trat eine Verschlechterung ein. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Dezember 1911 auf 100 offene Stellen bei männlichen Personen 183 Arbeitsuchende gegen 218 im gleichen Monat des Vorjahres und 182 im Vormonat. Bei den weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 112, 100 und 133.

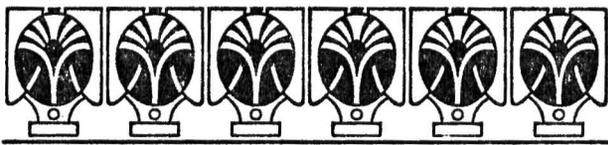
Für Bäcker und Konditoren wurden bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung unserer Verufe befaßten, 7598 Arbeitsuchende, 4262 Stellenangebote und 4077 Vermittlungen gebucht. Die Vermittlungstätigkeit war — infolge der Weihnachtsbäckerei — an einzelnen Orten sehr stark; der Arbeitswechsel war im allgemeinen jedoch nicht so groß wie in den Vormonaten. Die Beschäftigungsgewinnung hat sich verschlechtert, wie folgende Zahlen nachweisen. Auf 100 offene Stellen kamen im Dezember 178 Arbeitsuchende gegen 174 im Parallelmonat des Vorjahres und 167 im November 1911.

Wie sich die Lage in den einzelnen Landesgebieten gestaltete, zeigt folgende Aufstellung:

Table with columns: Staat, Landesgebiet oder Stadt, Anzahl der Arbeitsuchenden, Anzahl der offenen Stellen, Anzahl der besetzten Stellen, Anzahl der Arbeitsuchenden im Berichtsmontat, Anzahl der Arbeitsuchenden im Vormonat.

Eine starke relative Zunahme der Arbeitsuchenden weisen Ost- und Westpreußen, Berlin und Brandenburg, Pommern, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen auf; eine bemerkenswerte relative Abnahme zeigt sich in Hessen-Nassau, Rheinland, Königreich Bayern und Großherzogtum Baden. Auch Hamburg und Elsaß-Lothringen zeigen eine Abnahme. Die Abnahme im Rhein-

land und in Baden steht in auffallendem Gegensatz zu der Zunahme, die in diesen beiden Staaten im Vormonat zu verzeichnen gewesen war. Eine Erklärung für diese Erscheinung ist in den aus diesen Gebieten vorliegenden Berichten nicht zu finden. Bemerkungen über die Arbeitslage unserer Berufe sind von keinem Arbeitsnachweis gemacht worden.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Zahlstelle Zeitz wird auf ihren Antrag die Genehmigung dazu erteilt, ab 1. April d. J. von den Mitgliedern pro Woche 5 M Extrabeitrag zu erheben. Der Mitgliedsbeitrag beträgt dann in Zeitz 45, 55, 65 und 80 M pro Woche.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Landshut Josef Meier (Karten-Nr. 77).

Der Verbandsvorstand.

J. U. O. Ullmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 28. Januar bis 3. Februar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Januar: Gießen M. 35,50, Karlsruhe 132,20, Düsseldorf 201,55, Eisenach 79,30, Landshut 410,40, Colmar 23,70, Magdeburg 572,20, Berlin 9367,10, Hamburg-Altona 4365,65, Köln 517,30.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: D. R.-Punglau M. 3, E. W.-Seehausen 10, R. J.-Münster 49,15, P. H.-Rehmer 37, H. F.-Senftenberg 3, E. W.-Sinzheim 4.

Für Annoncen: J. F.-Altona M. 8.

Der Hauptkassierer. J. W.: M. Langhann.

Spätestens am 10. Februar ist der 7. Wochenbeitrag für 1912 (11. bis 17. Februar) fällig.

Aus den Bezirken.

Görlitz. Eine Mitgliedskarte auf den Namen Heinrich Henschel, eingetreten in Görlitz am 23. November 1911, lautet, ist verloren gegangen. Sie ist bei etwaigem Vorzeigen anzuhalten und der Hauptverwaltung einzusenden.

Serford, Offen und Köln. Die Backmeisterkonferenz für diese drei Bezirke findet am Sonnabend, 2. März, in Dortmund, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Delfingstraße, statt.

Sterbetafel.

Zeltz. Lida Geidel, geb. Schwager, gestorben am 30. Januar im Alter von 24 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichtskriterien über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben.)

Ein vierundzwanzigstündiger Streik bei der Firma Ant. Seidl, Königlich bayerische Hofbäckerei G. m. b. H. in München. Seit langer Zeit will es in diesem Betriebe nicht mehr recht gehen. Die ungezügelter Nadelstiche seitens der Geschäftsleitung, unter welchen wir nachfolgende nur erwähnen wollen, haben den Gebuldsfaden zum Reißen gebracht. Seit Abschluß des Tarifes (1909) versucht die Firma nach allen Regeln der Kunst, etwas unklar abgefaßte Sätze des Vertrages zu ihren Gunsten auszulegen. So war z. B. das erste Beginnen, die sechzehnstündige Sonntagsruhe so aufzufassen, daß eine sechzehnstündige Ruhezeit keine achttündige Arbeitszeit in sich schließt, sondern lediglich eine Verschiebung der Arbeitszeit bedingt. Der zweite Versuch ging dahin, eine früher „bedingungsweise“ verkürzte Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern. Dann hat man, obgleich beim Freiwerden besserer Posten das Vorrücken der älteren Kollegen versprochen wurde, fremde, neu eingestellte Gehilfen bevorzugt und andere, sechs bis acht Jahre im Betriebe beschäftigte, zurückgesetzt. Ferner mußten Gehilfen, die M. 25 Lohn hatten, während der Ferienzeit Posten versehen, die mit M. 33 bezahlt werden, ohne daß sie diesen Lohn erhielten. Dagegen mußten sie den Posten unter voller Verantwortlichkeit versehen und es wurden ihnen sogar Abzüge gemacht. Unorganisierte unbrauchbare Gehilfen erfreuten sich trotz ihrer Unfähigkeit besonderen Schutzes seitens eines Oberbäckers. Man verstieg sich sogar so weit, Tarifbestimmungen durch Sonderverträge illusorisch zu machen. Daß nach dieser Reihe von Nadelstichen eine Explosion einmal kommen mußte, war vorauszu sehen, und wenn die Organisation die Leute nicht mehr halten konnte, so ist das nicht sehr verwunderlich.

Am 22. Januar wurde nun ein Zuckerbäcker sofort entlassen, weil er mit seinen Abteilungscollegen die Arbeit begonnen, auch beendete und nicht, wie es die Geschäftsleitung haben wollte, erst eine Stunde später aufhörte. Nach einer telephonischen Anfrage unsererseits, ob die Entlassung nicht zurückgenommen werde, da dieselbe doch einen glatten Tarifbruch darstellte, gab Herr Ant. Seidl zur Antwort; die Entlassung bestünde zu recht, er wolle sich aber nochmals erkundigen; aber es dürfte dabei nichts anderes herauskommen. Anderen Tages

bestürmten uns nicht nur die Bäcker, sondern auch die Konditoren, welche sofort eine Betriebsversammlung verlangten, in welcher gegen den Tarifbruch Stellung genommen werden sollte. Am 24. Januar fand eine solche statt, die von 65 Bäckern besucht war. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Entlassung Tarifbruch ist; denn laut Tarif kann eine Kündigung nur am Jahltag vorgenommen werden. Es wurde, nachdem telephonisch eine Verständigung nicht zu erreichen war, eine Kommission gewählt, die sofort vorstellig wurde. Sie konnte aber nichts mehr ausrichten; denn als die Kommission den Eingang zur Fabrik passierte, verließen an der andern Ausfahrt der Herr Direktor und Herr Ant. Seidl per Auto die Fabrik. Der Vorschlag, die Kollegen sollten die Nacht arbeiten und der Streikfall solle andern Tages sofort dem Gewerbegericht unterbreitet werden, stieß auf einmütigen Widerspruch. Die anwesenden Konditoren versprachen ebenfalls, sich den Bäckern anzuschließen. Nur der Oberkonditor und Schokoladenabteilungsbeamte (!) gingen in den Betrieb hinein, so daß beim Frühappell 68 Bäcker und 85 Konditoren sich im Streik befanden.

Als die Herren andern Tages früh ihr erzeugtes Produkt sahen, muß sie ein fürchterliches Gruseln überfallen haben, und statt Brot mußten die Rutzker Briefe in die Kisten fahren; denn die von den vier Oberbäckern und zwei notorischen Streikbrechern erzeugte Ware war nicht zu verkaufen. Unter letzteren befand sich auch der von der Bewegung im Jahre 1909 her wohlbekannte christlich organisierte Karl Böhm.

Trotz der erdenklichsten Anstrengungen ist es der Firma nicht gelungen, selbst unter den unorganisierten Kollegen nur einen Streikbrecher zu finden. Denn unter den Arbeitslosen ist „die Seidlbude“ durch die Anschleberei, und die schlechte Bezahlung bei Aushilfen, längst bekannt. Unter diesen Umständen war es den Streikenden ein leichtes, den Betrieb stillzulegen.

Am 25. Januar vormittags, 11 Uhr, setzten aber dann Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht ein und nach zweistündigen Verhandlungen und wiederholten Rücksprachen mit den Parteien und den Beisitzern wurde folgender Vermittlungsvorschlag gemacht und zur Annahme empfohlen.

- 1. Die Gehilfen der Firma Seidl sind tariffrüchtig geworden und verpflichtet, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.
2. Dem zu Unrecht entlassenen Gehilfen D. ist für 14 Tage Lohnentschädigung zu gewähren.
3. Der bei der Firma Seidl beschäftigte Gehilfe B. ist wegen seiner zu andern organisierten Gehilfen gemachten renommierten Äußerungen, wodurch sich die organisierten Gehilfen gekränkt fühlen, zu entlassen.

Es hat viel Mühe gekostet, ehe die Streikenden diesem Vorschlag zustimmen, und nur der Erklärung des Kollegen D., daß er auf eine Wiedereinstellung nicht mehr bestehe, ist es zu danken, daß der Streik nicht länger dauerte. Den Kollegen wurde durch den Vermittlungsvorschlag zwar klar gemacht, daß sie nicht ganz korrekt vorgegangen, es wurde aber auch klar konstatiert, daß die Entlassung nicht zu Recht erfolgte; denn die Firma mußte den entlassenen Kollegen für 14 Tage Entschädigung bezahlen. Daß außerdem die Entlassung des Kollegen Bork erfolgen mußte, bildete den Haupteffekt; denn gerade dieser war es, der sich damit brüstete, in Hamburg als Streikbrecher gewesen zu sein. Wenn sich die alten ehrlichen Arbeiter bei Seidl sagten, mit solchen Leuten nicht mehr länger zusammen arbeiten zu wollen, so ist das nur zu begreiflich. Sogar Betriebsdirektor Dr. Brenner stellte sich auf den Standpunkt, daß ein solcher Renommierheld dafür auch die Verantwortung zu tragen habe, wenn durch ihn der größte Unfrieden in den Betrieb hineingetragen werde. Ein Arbeitgeber, der Ruhe in seinem Betriebe haben wolle, tut besser, solche Arbeiter zu entlassen.

Haben die Arbeiter auch nicht alles erreicht, wozu sie glaubten berechtigt zu sein, so ist wenigstens eingetreten, was die Organisationsleitung schon längst wünschte. Durch diesen Konflikt sind nämlich die Kollegen bei Seidl endlich so aneinandergerettet worden, daß weder mit der Stillsitzigkeit noch mit der Drohungsmasche die Geschlossenheit gebrochen werden kann. Wir verdanken diese Macht dem schneidigen Vorgehen der Geschäftsleitung, und wenn sie auch fernerhin in der gleichen Weise dafür sorgt, durch Nadelstiche den Solidaritätsgedanken machzuhalten, soll es uns recht sein. Die Kollegen bei Seidl werden diesen Kampf so leicht nicht wieder vergessen, und erst recht darüber wachen, daß Verträge gehalten werden. Andererseits dürfte es auch für die Firma eine Warnung sein, daß man einer organisierten Arbeiterschaft unter Tarifbruch doch nicht alles bieten darf, wenn man nicht selbst Gefahr laufen will. Hat der Konflikt in der Richtung gewirkt, dann sind die Opfer des Kampfes den Preis doppelt wert.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstempel versehen und vom Vorsitzenden gegengezeichnet sein.)

Generalversammlungen.

Altenburg. In der am 14. Januar im Gewerkschaftsheim abgehaltenen Generalversammlung erstattete Kollege Schneider den Jahresbericht. Er führte aus, daß das, was das verfloffene Jahr uns an Erfolgen gebracht, wenig befriedigte. Die Gründe lägen einerseits daran, daß unser Vorstand mitten im Jahre sein Amt niederlegte, andererseits liegt es aber auch, und dies mußte Kollege Schneider zu seinem größten Bedauern sagen, an der Interesselosigkeit der Kollegen. Es wurden im Laufe des Jahres nur sieben Aufnahmen gemacht, wir konnten aber unsere Mitgliederzahl wenigstens auf der Höhe des Vorjahres erhalten. Unsere Aufgabe im neuen Jahre mußte vor allen Dingen sein: die Stärkung unserer inneren Organisation; dies können wir

am besten, wenn jeder Kollege die angelegten Versammlungen besucht, denn nur da könnten die nötigen Vorarbeiten zu einer kräftigen Agitation unter den uns noch fernstehenden ins Werk geleitet werden. Gewählt wurden Kollege Schneider als erster Vorsitzender, Bedan als zweiter Vorsitzender, Klaus als Kassierer, Baunat als Schriftführer; die Kollegen Gemlich und Kluge als Revisoren. Zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Kühn und Schneider delegiert. Da der Bezirksleiter sich am Erscheinen verhindert war, hat die Versammlung keine Maßnahmen getroffen zur Einführung der Beitragsmarken zu M 1; es soll deshalb erst der Bericht der Delegierten zur Bezirkskonferenz abgewartet werden. Zum Schluss ermahnte der Vorsitzende die Kollegen noch, es möge in der kommenden Zeit ein jeder Kollege tun, was in seinen Kräften steht, und die Erfolge würden auch bei uns nicht ausbleiben.

Überach. Die am 27. Januar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende Kleinschmidt gab den Jahresbericht, in welchem er besonders des im verfloffenen Jahre abgeschlossenen Tarifes gedachte und die Gesamtarbeit des Verbandes als eine sehr gute schilderte. Den Kassenbericht, welcher aufliegt, gibt Kollege Neuburger. Es steht einer Einnahme von M 278,30 eine Ausgabe von M 268,31 gegenüber, so daß am 1. Januar ein Kassenbestand von M 9,99 bleibt. Eine Besichtigung der Bezirkskonferenz wurde nach ausgedehnter Debatte abgelehnt. Die Neuwahl ergab: Wilhelm Kleinschmidt, Vorsitzender; Viktor Neuburger, Kassierer; A. Sched, Schriftführer; als Revisoren Ederer und Stöcklein, als Beisitzerin eine Kollegin. Als Kartelldelegierter wurde einstimmig Kollege Neuburger gewählt. Nach nochmaliger Ermahnung, auch im laufenden Jahre tüchtig für den Verband zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Vielefeld. Am 28. Januar fand die Jahresversammlung der Zahlstelle Vielefeld statt. Nachdem der Vorsitzende den allgemeinen Bericht gegeben, gab der Kassierer den Kassenbericht. Die Einnahmen für 1911 betragen M 5225,09, die Ausgaben M 4720,05, der Kassenbestand am Jahreschluß M 505,04. An Unterstützungen wurden insgesamt auf Kosten der Hauptkasse am Orte ausbezahlt M 1023,40. Der Mitgliederbestand war am 31. Dezember 1910 210 Mitglieder, am 31. Dezember 1911 215 Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren wurde dem alten Vorstande Decharge erteilt. Aus der Wahl gingen gemäß dem Vorschlage der Wahlkommission der Kollege Feiser als Vorsitzender und Pohlmann als Kassierer hervor, des weiteren wurde Kollege Hausmann als Schriftführer neugewählt; die zweiten Posten erhielten die Kollegen Pöster, Hüster und Brodbeck. Als Kartelldelegierte wurden für das laufende Jahr die Kollegen C. Sadenwasser und Alena gewählt. Weiter wurden die Kollegen Feiser, Alena und Baumeister beauftragt, an der Bezirkskonferenz teilzunehmen.

Vochem. In der Generalversammlung am 28. Januar gab Kollege Staat den Vorstandsbericht. Daraus war zu ersehen, daß im verfloffenen Jahre gut gearbeitet wurde, obwohl das vierte Quartal nicht das brachte, was die drei vorhergehenden aufwiesen. Letzteres ist jedenfalls auf die Wahlbewegung zurückzuführen, bei welcher besonders in unserm Kreise die Wogen sehr hoch gingen. Kollege Niepe gab dann den Kassenbericht vom vierten Quartal und für das Jahr 1911 die Abrechnung, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Bezirksleiter Kollmann führte dann das Jahr 1911 noch einmal vor Augen und legte die Vorteile der kommenden Krankenzusatzkasse dar; er schloß seine interessanten Ausführungen mit einer Ermahnung zur Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Aus den Neuwahlen gingen hervor: als Vorsitzender Kollege Staat, als Kassierer Niepe, als Schriftführer Möller, als Kartelldelegierter für Vochem Großkurth, für Wanne Hemmer, für Witten Zimmer. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Großkurth und Opitz, als Delegierte zur Bezirkskonferenz in Hagen Großkurth und Niepe.

Bremen. Die am 14. Januar stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuches, speziell der Mitglieder der Bäckerei. Nachdem der Jahreskassenbericht gegeben, recapitulirte Kollege Benede in ausführlicher Weise den im Jahre 1911 zurückgelegten Weg und konstatierte, daß die Arbeit nicht vergeblich gewesen, sondern reichlich Früchte getragen hätte. Am Anfang des Jahres waren vorhanden: 150 männliche und 14 weibliche Mitglieder, am Schluß des Jahres 290 männliche und 138 weibliche und jugendliche Mitglieder. Beide Branchen haben gute Fortschritte gemacht. Von allen Modernen wurde dieses anerkannt und die Kollegen aufgefördert und ermahnt, nicht zu erlahmen und nicht zu rasten in der Aufklärungsarbeit, sondern mit aller Energie den Unorganisierten zu Leibe zu rücken. Gewählt wurden die Kollegen Karl Kassen und Theodor Eisner als Vorsitzende, Bihl, Benede und Paul Balschweit als Kassierer, Guido Spöler und Willy Bauer als Schriftführer, Robert Tade und Heinrich Wölk als Revisoren. Beschlossen wurde noch, das eingeführte Vertrauensmännerthum beizubehalten. Wegen der vorgerückten Zeit mußten die beiden letzten Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden.

Bremerhaven. In der Generalversammlung am 28. Januar im „Bährichen Hof“, Langestr. 18, war auch der Bezirksleiter Benede anwesend. Den Geschäftsbericht gab Kollege Tabel; aus ihm war zu ersehen, daß die Zahlstelle einen Fortschritt zu verzeichnen hat. Im Geschäftsjahre wurden 50 Neuaufnahmen gemacht und 718 Beitragsmarken mehr als im Vorjahre umgesetzt. Der Vorsitzende wies besonders auf das gute Zusammenarbeiten des Vorstandes hin und betonte, daß die Vorstandssitzungen sehr gut besucht gewesen seien. Den Kassenbericht gab Kollege Brünner; der Bericht lag auch hektographiert vor. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde genehmigt und auf Antrag der Revisoren dem Gesamtvorstand Decharge erteilt. Die hierauf stattgefundene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Tabel, erster und Hinrichs, zweiter Vorsitzender; Brünner, erster und Voh, zweiter Kassierer; als Schriftführer wurde Hohen gewählt. Hierauf wurde gleich die Wahl von zwei Kollegen zur Bezirkskonferenz vorgenommen, die nach den Ausführungen des Kollegen Benede sich auch mit der Lohnbewegung in den Unterwerorten beschäftigen soll. Hierzu wurden die Kollegen Tabel und Brünner gewählt. Die Abrechnung vom Weihnachtsergebn ergab einen Ueberschuß von M 91.

Danzig. Unter schwacher Beteiligung fand am 28. Januar die Jahres-Generalversammlung statt. Mit Rücksicht auf die Konditionen wurde der Sonntag als Versammlungstag gewählt. Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, daß die Konditionen, mit Ausnahme eines Mitgliedes, der Versammlung fern blieben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Bäckereifabriken von M 16 und M 18 Wochenlohn und 23 1/2 pro Stunde Ueberstundenbezahlung für Gehilfen sind jedenfalls besonders „gut und verlockend“, und daher liegt wohl bis jetzt kein Anlaß vor, die Hebung der wirtschaftlichen Lage anzustreben. Die Kollegen haben vorgezogen, genügenderen Vergütungen nachzugehen. Durch den stattgefundenen Streik, der erhebliche Mühe und Geldmittel kostete, sind aber auch schon die Wünsche der Bäckergesellen anscheinend zum Teil befriedigt worden. Verblendete Kurzsichtigkeit und Vertrauenslosigkeit machen nur zu oft gegen die Bestrebungen der Organisation klumpf. Diese Kollegen merken nicht, daß sie gegen ihre eigenen Interessen handeln, wenn sie bequem und gleichgültig sind, und daß sie die Macht des Verbandes schwächen. Erfahrungsgemäß halten die Unternehmer, besonders die Bäckereimeister, die Bewilligungen und Vereinbarungen nur solange aufrecht, als die Organisation den nötigen Nachdruck und die notwendige Macht aufweisen kann. Einheitslich kam diese Meinung auch in der Versammlung zum Ausdruck.

Den Vorstandsbericht über das verfloffene Jahr gab Kollege A. Uengo. Den Mitgliedern wurde der Bericht schriftlich zugeteilt. Die Einnahme hat sich gegen das Jahr 1910 merklich gehoben. Die Einnahme vom Jahre 1911 betrug M 3676,04, die Ausgabe M 3634,58. Kassenbestand M 41,64. An Arbeitslosen, Reise- und Notunterstützung wurden gezahlt an 70 Mitglieder für 1055 Tage M 1142. Diese Summe ist für Danzig eine ganz bedeutende Leistung, und unsere Mitglieder müssen anerkennen, daß durch die Unterstützungseinrichtung in mancher Kollege während seiner Arbeitslosigkeit über Wasser gehalten worden ist. Dazu kommt noch eine erhebliche Summe von M 292,70 für den Streik, die auf Konto der Hauptkasse, hauptsächlich an Unterstützung ausgezahlt worden ist. Durch den Arbeitsnachweis des Verbandes sind 8 feste Stellen und 340 Anshilfen bezieht worden. Auf diesem Gebiete könnte manches bedeutend besser werden, wenn unsere Mitglieder mehr Solidarität und gegenfeitiges Verständnis bezuegen möchten. Im verfloffenen Jahre sind 261 Mitglieder neu aufgenommen worden. Diese Biffer ist die höchste, die bis jetzt erreicht worden ist. Im allgemeinen ist der Mitgliederbestand nicht höher als 1910 geworden. Die Ursachen liegen darin: durch den Streik ist ein großer Teil der besten Mitglieder nach dem Westen abgereist und diejenigen älteren Kollegen, die hier geblieben sind, sind durch den Terrorismus der Innung zur ewigen Arbeitslosigkeit verurteilt. So mußte eine ganze Anzahl wegen Rückstand der Beiträge gestrichen werden. Zum Schluß des Jahres verblieben 161 Mitglieder. In der Agitation wurden weder Geld noch Mühe gespart. Ferner wurden 15 Klagen an das Gewerbe- und Amtsgericht anhängig gemacht. Acht davon waren von Erfolg. In die Handwerkskammer sind zwei Schriftsätze eingereicht worden. In einem der Schriftsätze wurde die Beseitigung der übermäßigen Lehrlingszahlerei verlangt, während das andere Schriftstück sich gegen das Nachlernen von Lehrlingen wandte. In beiden Fällen griff die Handwerkskammer, wenn auch nur recht vorsichtig, ein. Im Streik hatten wir auch hier mit dem übergroßen Eifer der Polizei zu kämpfen. Gegen einzelne Uebergriffe sind Beschwerden geführt und wir sind hierbei glimpflich davon gekommen. Trotz aller Vorsicht sind wir hier im Osten aber auch mit einem größeren Prozeß, der uns erhebliche Kosten verursachte, nicht vorüber sein geblieben. Das Jahr 1911 war für die Zahlstelle also recht bewegt, und es hatten die in Angriff genommenen Aufgaben meist noch der Lösung. Hoffentlich bringt uns das neue Jahr durch die Einsicht der aufgeklärten Kollegen, wenn die gelben Verräter und Maulwürfe überwunden sein werden, einen Schritt vorwärts. Nach den Wahlen für den Vorstand und die sonstigen Vertrauensposten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Gedeihen des Verbandes, nachdem alle Kollegen nochmals zu ernster Arbeit aufgefordert waren, geschlossen.

Deffau. Unsere am 25. Januar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Kollege Göpel gab den Kassenbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß auch im vergangenen Jahre in bezug auf Markenumsatz sowie Mitgliederbestand ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen war. Die Vorstandswahlen ergaben: Sachs, Vorsitzender; Göpel, Kassierer; Brömel, Schriftführer; Schulz und Schäfer, Hilfskassierer; Belt und Schiedewitz, Revisoren; Sachs, Kartelldelegierter. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Keller, Gemann und Sachs bestimmt. Kollege Wache erläuterte dann die vom Hauptvorstand geplante erweiterte Krankenunterstützung und forderte ferner alle Anwesenden auf, mit allen Kräften bei der Gewinnung neuer Streiter mitzuwirken, damit wir bei einer kommenden Lohnbewegung dem soeben erfochtenen politischen Sieg auch einen gewerkschaftlichen anreihen können.

Überfeld-Barmen. Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte die Versammlung des so plötzlich verstorbenen Kollegen Max Sailer, dessen Andenken die Kollegen durch Erheben von ihren Sätzen ehrten. Darauf gab der Kassierer Pütz den Kassenbericht; daraus war zu ersehen, daß insgesamt 9443 Beitragsmarken umgesetzt wurden gegen 7853 im Vorjahre. Vorsitzender König gab den Geschäftsbericht: Wir haben ein arbeitsreiches Jahr hinter uns, da wir eine Lohnbewegung unter den Kleinmeistergesellen zu verzeichnen hatten. Trotzdem sie nicht zu unserer Zufriedenheit ausgefallen ist, haben wir doch einen Mitgliederzuwachs von 27 zu verzeichnen. Neu aufgenommen und zugereist waren im Berichtsjahre 213, abgereist sind 106, gestrichen wurden 75, zum Militär kamen 3, gestorben sind 2. Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres betrug 203. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Der Vorsitzende wies weiter auf das Mundschreiben vom Hauptvorstand betreffs Einführung der neuen Beitragsmarken zu M 1 hin, wodurch den Kollegen erhöhte Krankenunterstützung gewährt wird, damit die Kollegen nicht mehr nötig haben, einer andern Zuschußklasse anzugehören. Pflicht der Kollegen wäre es,

dieser Beitragsklasse beizutreten. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: R. König, erster, A. Sporket, zweiter Vorsitzender; J. Prüb, Kassierer; Worlinghaus und Hof als Schriftführer; Trübner, Vannenschmidt, Stöhl und Flock als Beisitzer; Pohl und Nosenau als Revisoren; Wienes und Dresler als Kartelldelegierte; Höllmann, Sürth und Wienes in die Arbeitsnachweis-Kontrollkommission. L. Eder wurde als Vertrauensmann von Barmen gewählt.

Eßlingen. Unsere Generalversammlung fand am 1. Februar statt und war gut besucht. Den Jahresbericht gab Kollege Scheer, den Kassenbericht Ellinger, und wurden beide Berichte mit großer Befriedigung aufgenommen. Im Jahresbericht erwähnte unter anderem Kollege Scherr, daß das Jahr 1911 durch unsere Lohnbewegung, welche allen noch in bester Erinnerung ist, wohl das arbeitsreichste war, welches die Zahlstelle Eßlingen je aufzuweisen hatte. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Scherr als Vorsitzenden, Ellinger als Kassierer und Schriftführer, Engel und Waidlich als Revisoren, Kleinschmidt als Beisitzer. Unter „Verschiedenes“ wurde über die neue Beitragsmarken zu M 1 gesprochen und der Beitritt den Kollegen warm empfohlen. Zu der am 25. Februar stattfindenden Konferenz wurde Scherr gewählt. Nachdem die Monatsversammlungen auf den letzten Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, im Lokale „Neue Welt“, feierlich wurden, fand die Generalversammlung ihr Ende.

Fraunfurt a. M. (Nachtarbeiter.) Am 19. Januar tagte die Jahresversammlung, welche wegen der Reichstagswahl verschoben war. Zunächst wurde das Verhältnis der Zentralkasse (Zuschußkasse) und die Einführung der Beitragsmarken zu M 1 eingehend besprochen. Obwohl die Leistungen des Verbandes anerkannt wurden, wünschte die Versammlung, daß die Mitglieder auf die beiderseitigen Vorstände einwirken sollen, um eine Vereinigung beider Korporationen zu erzielen, eventuell durch Verlangen der örtlichen Verwaltungsstellen auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Krankenkasse. Die Versammlung war der Meinung, daß die Generalversammlung den Standpunkt des Kassenvorstandes nicht billigen würde. Der Vorstandsbericht beschränkte sich auf die Tätigkeit der Vorstandssitzungen. Als Vorsitzender wurde Kollege Niehl, als erster Schriftführer Lorge, und ferner die Kollegen Diez, Wenner, Fingel, Friedrich, Edert, Weist und Friedmann der Generalversammlung zur Wahl vorgeschlagen.

(Sektion Hilfsarbeiter.) Am 19. Januar tagte die Jahresversammlung der Hilfsarbeitersektion im Gewerkschaftshaus, die einen befriedigenden Besuch aufwies. Kollege Fischer gab den Jahresbericht. Er konstatierte, daß die Sektion der Hilfsarbeiter gute Fortschritte gemacht habe, rügte aber scharf den schlechten Versammlungsbefuch und das unpünktliche Erscheinen bei den sonstigen Versammlungen; auch könnten die Erfolge noch weit besser sein, wenn eine größere Anzahl der Kollegen sich an der Mitgliederwerbung beteiligen würde, was bisher nicht der Fall gewesen sei. Wenn es noch Hilfsarbeiter gäbe, die ihre tariflichen Rechte nicht erhalten, so seien diese selbst schuld daran; die Kollegen sollten solches unerbittlich dem Tarifsamt melden. Nach ausgiebiger Diskussion, die dahin ging, daß die Sektionsverwaltung in bezug auf Agitation mehr selbstständig arbeiten soll, wurden die Kollegen Fischer und Weilacher als Vorsitzende, Gramlich und Scheubel als Schriftführer und die Kollegen Scheubel, Krauß, Ehr und Eberlein als Beitragskassierer zur Wahl in der Generalversammlung vorgeschlagen.

Gießen-Weßlar. Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Bemerkenswert sei, daß einige Konsumbäcker ihre Bücher zur Kontrolle in die Versammlung geschickt hatten, aber selber nicht erschienen. Betrachteten diese Kollegen ihre soziale Lage als gelöst oder glaubten sie, auf diese Weise am bequemsten der Mitarbeit aus dem Wege zu gehen? Solches Verhalten wird für die Zukunft um so mehr Veranlassung geben, bei Einstellungen in den Konsumvereinen die Kollegen nach ihrer Betätigung in ihrer Organisation sich anzusehen. Der Kassenbericht ergab eine Gesamteinnahme (einschließlich des Kassenbestandes vom Vorjahre von M 89,95) von M 462,92, die Ausgaben einschließlich der M 299,90 für die Hauptkasse M 389,03, der Kassenbestand M 73,87. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Kollege Oppelt, Vorsitzender; Sommer, Kassierer; Kronenberg, Schriftführer; Lohder, Revisor; Sachse, Kartelldelegierter; als Vertrauensmann für Gießen Kollege Penn. — Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat im „Häferstien“ statt. Dann wurde ein Antrag angenommen, daß die Monatsabrechnungen bis zum 8. des folgenden Monats fertiggestellt und an die Hauptkasse abgehandelt werden, andernfalls ist sofort dem Bezirksleiter Mitteilung zu machen.

Halle a. d. S. Am 21. Januar fand die gut besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß nicht nur die Zahlstelle Halle a. d. S., sondern auch der ganze Bezirk nennenswerte Fortschritte aufzuweisen hat. In Aufnahmen waren in Halle 271 zu verzeichnen; Beiträge sind über 6000 mehr umgelegt worden. Die Einnahmen haben sich dem Vorjahre gegenüber fast verdoppelt. Die stattgefundenen Lohnbewegungen beweisen, daß wir auch auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nennenswerte Fortschritte aufzuweisen haben. Die Großbäckereien in Halle befinden sich alle unter geregelten Verhältnissen, sämtliche Kollegen sind dort organisiert. In den Kleinbäckereien ist es ebenfalls gut vorwärts gegangen, was der Ausfall der Innungsfrankensassenwahl und Gezellenausdruckwahl bewiesen habe. Die Lohnbewegungen in der Fabrikbranche haben gezeigt, daß die Zeiten vorüber sind, wo die Unternehmer mit den Beschäftigten machen konnten, was sie wollten. Im laufenden Jahre muß auf dem Gebiete weitergebaut werden, um eine weitere Verbesserung der Verhältnisse unserer Berufs Kollegen und Kolleginnen zu erreichen. Der Arbeitsnachweis hatte 151 Einschreibungen aufzuweisen. 99 Stellen wurden gemeldet und besetzt. Außerdem wurden an 558 Kollegen 6440 Anshilfsstage vergeben.

Seitens der Mitglieder wurde der Bericht gutgeheißen und anerkannt, daß der Vorstand seine Pflicht getan hat. Bei den Wahlen wurden die Kollegen Fr. Töls und

Böhme als Vorsitzende, Fr. Wolf und O. Stieler als Schriftführer, die Kollegen E. Fönd, E. Röber und N. Mose als Revisoren und P. Werchau, Fr. Wolf und G. Friedrich als Kartelldelegierte gewählt. Zur Regelung des Vermittlungswesens wurde beschlossen, die Sektionsversammlungen der Bäcker jeden Dienstag nach dem Monatsersten, nachmittags 3 Uhr, im Verkehrslokal, die der Fabrikbranche den Freitag nach dem Monatsersten, abends 8 Uhr, ebenfalls abzuhalten, ferner die Quartalsversammlung den dritten Sonntag im ersten Quartalsmonat, nachm. 8 Uhr, im „Volkspark“, Burgstraße, einzuberufen. Die letztere soll immer durch Annonce in der örtlichen Parteipresse bekannt gemacht werden. Zur Bezirkskonferenz nach Wien wurden die Kollegen G. Strecher und E. Böhme gewählt. Die Versammlung beschloß, nicht mehr als zwei Delegierte zu entsenden. Kollege Wolf erstattete den Geschäftsbericht und wies besonders auf die Bedeutung der heulenden Gartenstadt-Bewegung hin, die nun auch in Halle durch Gründung einer Genossenschaft in die Tat umgesetzt werden soll. Die Wechselschlüsse des Hauptvorstandes bezüglich der Einführung einer Beitragsstaffel von M 1 pro Woche unter Begünstigung eines höheren Krankenzuschusses riefen eine längere Debatte hervor, die mit dem Ergebnis endete, daß der Beschluß gefaßt wurde, allgemein aus der Zuschlagsliste auszutreten und die Einrichtung der M 1-Staffel zu benutzen. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Danau a. M. Am 16. Januar fand die Generalversammlung in „Stadt Frankfurt“ statt, die von fast allen Mitgliedern besucht war. Der Jahresbericht, den die Kollegen Bösch und Numeleit erläuterten, stellt fest, daß die bisherige Mitgliederzahl erhalten worden sei, jedoch keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Kollegen äußern sich in den miserabelsten Verhältnissen, welche die Kollegen in gelben Hirschen verstanden können, die in schändlicher Weise gegen die Interessen der Gehilfen gearbeitet haben. Neben 14 Neuaufnahmen, die gemacht wurden, sind insgesamt 574 Beitragsmarken umgesetzt. Die G. m. t. m. e. betrug, einschließlich des Kassenbestandes von M 7741 vom Vorjahre, M 430,86; die Ausgaben, einschließlich des an die Hauptkasse gefandten Betrages von M 293,40, M 304,54. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Kollege Bösch, Vorsitzender; Freyer, Kassierer; Stengel, Schriftführer; Diehl und Keidel, Revisoren, und Bösch und Diehl, Kartelldelegierte. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Dienstag im Monat in „Stadt Frankfurt“ statt.

Landberg a. d. W. Am 28. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Kollege Schlender gab zunächst den Bericht vom letzten Quartal, daran anschließend Kollege Behrend einen ausführlichen Geschäftsbericht von 1911. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresanfang 16 und am Schluß 21. Die Einnahmen betragen M 429,70 und die Ausgaben M 378,43, so daß ein Bestand von M 53,27 verbleibt. Zu der Bezirkskonferenz, die am 18. Februar in Berlin tagt, wird Kollege Behrend delegiert. Das Ergebnis der Vorstandswahl ist folgendes: Hugo Behrend, erster, Otto Friedrich, zweiter Vorsitzender; Otto Schlender, Kassierer; Erich Krüger, Schriftführer; Schenk, Vorsitzender. Kartelldelegierter bleibt Friedrich, und zu Revisoren wurden Schenk und Friedrich gewählt. Das Lokal bleibt bei Tabor, Rottkeplatz, und zwar finden die Mitgliederversammlungen jeden Sonntag vor dem Ersten eines Monats, nachmittags 3 Uhr, statt. Unter „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, auch im neuen Jahre an dem weiteren Ausbau unserer Organisation tatkräftig mitzuwirken.

Leipzig. Die Generalversammlung am 28. Januar war leider nur mäßig besucht. Den Jahresbericht erstattet der Vorsitzende Wille. In kurzen Umrissen schildert er die gesamte Tätigkeit des Vorstandes, die naturgemäß bei der letzten Lohnbewegung ihren Höhepunkt erreichte. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden seien, so haben wir immerhin einen gewaltigen Fortschritt im abgelaufenen Jahre zu verzeichnen. Neben bedeutenden Verbesserungen in der wirtschaftlichen Lage der hiesigen Gehilfen im allgemeinen sind nunmehr in über 250 Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt. Der Mitgliederstand hat sich von 580 im Jahre 1910 auf annähernd 1000 Mitglieder gegenwärtig gehoben. Den Kassenbericht, der gedruckt vorliegt, wird vom Kassierer noch näher spezifiziert. Beiträge sind im vergangenen Jahre 88 829 abgeführt worden. Die Unterstützungseinrichtungen wurden stark in Anspruch genommen. Ausgezahlt wurden insgesamt M 4926,85 an kranke, arbeitslose und reisende Mitglieder. Im Arbeitsnachweis wurden 113 feste Stellen vermittelt; davon waren 108 außer Kost und Logis. Ausschüsse wurden an 260 Kollegen vergeben, und zwar insgesamt 2680. An die Hauptkasse abgeführt wurden M 17 430,10. Die Neuwahl des Vorstandes ergab im wesentlichen die Wiederwahl der bis jetzt tätigen Vorstandsmitglieder, und zwar die Kollegen Wille, Fib, Enßlen, Fischer und Mitsche. Zu der Bezirkskonferenz am 4. Februar wurden zehn Kollegen delegiert. Weiter wurde auf Vorschlag einer Agitationskomitee von 20 Personen gewählt. Als Kartelldelegierter soll in diesem Jahre Kollege Fib fungieren. Ferner wird noch eine Kommission eingesetzt, mit der Aufgabe, der nächsten Mitgliederversammlung annehmbare Vorschläge zu unterbreiten, wie in Zukunft die Länge der Auszubildendauer in den Genossenschaftsbetrieben bemessen werden soll. Der Bericht des Vergütungskomitees weist ein sehr erfreuliches Resultat auf. Zum Schluß spricht der Vorsitzende Wille den Dank des Vorstandes an alle die Kollegen aus, die ihre ganze Kraft in unegoistischer Weise der Emanzipation der hiesigen Kollegenchaft zur Verfügung gestellt haben, und wünscht, daß der Eifer und das Interesse an unsern Bestrebungen nie erlahmen, sondern sich zu Ruh und Fortkommen unserer Organisation weiter ausbreiten möge.

Wilmshausen i. Ost. Am 28. Januar fand hier nach einjährigem Weichen der Wahlstelle die Generalversammlung statt. Die Kollegen aus den Ortshäusern Ehrenfriedersdorf Zwönitz, Thun, Delznitz, die der Wahlstelle angehören, waren alle erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Vettermann durch Erheben von den Blähen geehrt. Kollege Meizner erstattete

den Geschäftsbericht und Kollege Zeigert den Kassenbericht; letzterer wurde von den Revisoren für richtig befunden. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, und zwar: Meizner, Vorsitzender; Zeigert, Kassierer; Frenzel, Schriftführer; Döfler, Schenderlein als Revisoren. Zu Delegierten nach Crimmitschau wurden Döfler-Löbnitz, Seidel-Ehrenfriedersdorf, als Ersatzmann Meizner-Löbnitz gewählt. Unter „Verschiedenes“ gab der neue Bezirksleiter, Heil, noch Auskunft über die Beitragsklasse zu M 1; der Beschluß des Hauptvorstandes wurde einstimmig gutgeheißen. Zum Schluß forderte Heil die Kollegen auf, alle in der Agitation tüchtig mitzuarbeiten, damit auch im Erzgebirge der letzte Kollege unserm Verbandszugeführt werde, so daß auch hier endlich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können.

Magdeburg. Am 28. Januar tagte im „Sachsenhof“ die Jahresgeneralversammlung. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, den Kollege Macho erstattete, war zunächst ein erfreuliches Erstarken der Organisation zu konstatieren, und das, obgleich die Aufklärungsarbeit unter dem größten Teil der Berufsangehörigen eine unjählich schwere ist, es dennoch gelungen ist, eine achtunggebende Stellung in den für die Organisation in Frage kommenden Erwerbszweigen zu erreichen. Dadurch war es auch möglich, ohne irgendwelche besondere Verbände für 182 Kollegen und Kolleginnen bedeutende Verbesserungen herauszuholen. Feuerungszulagen wurden durch das direkte Eingreifen der Organisation oder auch, um einem solchen zu entgehen, außer im Konsumverein für Magdeburg und Umgegend, auch bei den Firmen Berthe & Jordan sowie bei F. G. Hauswaldt gewährt. Mit Arbeitgebern waren 23 Verhandlungen notwendig. Im Arbeitsnachweis waren 134 Arbeitssuchende eingetragen, 107 feste Stellen konnten vermittelt werden, an 121 Kollegen wurden 2456 Tage Ausbittelsarbeit vermittelt. Unterstützungen wurden insgesamt an 298 Kollegen und Kolleginnen für 2711 Tage M 3689,70 gezahlt. Die Zahl der Mitglieder ist im Laufe des Jahres von 477 auf 592, also um 115 gestiegen. An Beiträgen wurden im vergangenen Jahre geleistet M 23 627, das ist ein Mehr von M 2343 gegenüber 1910. Die Gesamteinnahme betrug M 11 017,35. Davon wurden an die Hauptkasse gefandt M 8349,25. Die Gesamtausgaben betragen M 10 021,08. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Verwaltung allseitig anerkannt. Bei der nun folgenden Wahl der Ortsverwaltung wurden als Vorsitzender Wilhelm Schild, als Kassierer Karl Macho und als Schriftführer Paul Müller gewählt. Alle anderen Funktionäre in der Ortsverwaltung sowie die Revisoren wurden nach dem Vorschlage einer im Dezember gewählten Vorberatungskommission gewählt. Die Besprechung über die Stellungnahme zur Verbandskrankenzuschlagsliste soll in den im Februar stattfindenden Sektionsversammlungen erfolgen, ebenso sollen die Delegiertenwahlen zu der Ende Februar hier stattfindenden Bezirkskonferenz stattfinden. In seinen Schlusssatzungen wies der Kollege Macho noch einmal auf die vielen Aufgaben hin, die in diesem Jahre zu lösen sind, und daß es da eine Ehrenpflicht jedes Verbandsmitgliedes sei, ununterbrochen für die Organisation zu werben. Das ist auch deshalb zu wünschen, damit den gelben Hirschen, die jetzt in der Reichstagswahlbewegung sich hier im Magdeburger Bezirk wieder bemerkbar gemacht haben, bald die Augen ob der eigenen Erfolge übergehen. Nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Matz. Unsere Generalversammlung fand am 28. Januar statt. Kollege Scharf gab zuerst das Mundschreiben des Hauptvorstandes, betreffend die Einführung der Beitragsklasse zu M 1, bekannt, womit den Kollegen Gelegenheit geboten ist, sich im Krankheitsfalle einen erhöhten Zuschuß zu sichern. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder eine kleine Aufwärtsbewegung erfahren hat von 95 auf 107 Mitglieder. Ein drastisches Bild von der zunehmenden Lehrlingszückerei zeigte die von uns aufgenommene Statistik, wonach die Zahl der Lehrlinge bei 230 Beschäftigten auf 75 angewachsen ist. Trotz der steigenden Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel, ist der Lohn hier noch ziemlich derselbe wie vor sechs Jahren. Das beste Zeichen, daß den Mainzer Kollegen ihre Gleichgültigkeit teuer zu stehen kommt. Dazu tritt noch als Folge der Lehrlingszückerei größere Arbeitslosigkeit durch Überfüllung des Berufes mit Arbeitskräften ein. Auch das Kost- und Logiswesen zeigt dasselbe Bild. Trotzdem die Gelben mit der Innung einen „Tarif“ abgeschlossen haben, nach welchem Kost nicht mehr im Hause des Meisters gegeben werden darf, ist auch nicht ein einziger Kollege mehr außer Kost, als im Jahre 1906. Die Mainzer Kollegen hätten nun alle Ursache, sich ihre Organisation anzuschließen, um sich ihre vorerhaltenen Menschenrechte zu erkämpfen. Der Kassenbericht, den Kollege Schach gab, ließ eine Steigerung des Markenumsatzes erkennen. Derselbe betrug 4650 gegen 4458 im Jahre 1910, was einer Mitgliederzahl von 107 entspricht. Neuaufnahmen waren 54 zu verzeichnen. Das Ergebnis der Vorstandswahl war: Scharf, Vorsitzender; Schach, Kassierer; Bumiller, Schriftführer; Herrmann, Dorn, Ströbel und Förster, Revisoren. Als Revisoren wurden Herberg, Murschel und Thürlig gewählt. Kartelldelegierte sind Scharf und Schach. In seinem Schlusssatz erwähnte Kollege Scharf die Mitglieder, im kommenden Jahre kräftig mitzuarbeiten.

Mühlhausen i. Ost. Am 21. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Kollege Weller gab den Geschäfts- und Kassenbericht vom vorigen Jahre. Hieraus war zu ersehen, daß die Zahlstelle wieder bedeutend fortgeschritten ist. Auf Antrag Neupert wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Als erster Vorsitzender Kollege Karl Majer, als zweiter Vorsitzender Kollege Karl Klein; als erster Kassierer Kollege Alfons Bonarb, als zweiter Kassierer Kollege Theobald Schlienger; als erster Schriftführer Kollege Albert Theilmann, als zweiter Schriftführer Kollege Alois Biffinger; als Revisoren Kollege Eduard Bachmann. Als Revisoren wurden die Kollegen Wärtisch und Heftl, zu Kartelldelegierten die Kollegen Klein und Bonarb gewählt. Eine lange Debatte ergaben noch verschiedene Punkte der Tagesordnung zur Bezirkskonferenz. Hierzu wurde zu Punkt 8 folgender Antrag

einstimmig angenommen: „Die Bezirkskonferenz wolle beschließen, daß das Gebiet Lothringen von unserm Bezirk abgetrennt und die Bezirksleitung nach Mühlhausen verlegt werde, um Elsfaj und Südbaden besser nach innen ausbauen zu können.“ Zum Punkt 6 wurde noch ein Antrag auf Einführung eines Bezirksarbeitsnachweises einstimmig angenommen. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Schneider und Majer gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige geschäftliche Sachen erledigt. Als Verkehrslokal wurde die Wirtschaft „Zur Mose“, Rosenstraße, bestimmt.

München. Am 2. Februar fand in den „Zentralfäden“ unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Dem Bericht der Geschäftsleitung war zu entnehmen, daß das Jahr 1911 für die Bezirkszahlstelle außerordentlich gute Fortschritte gebracht hat. Mit besonderer Genugtuung begrüßten die Versammelten das Anwachsen der Mitgliederzahl auf 1714, mit dem lebhaften Wunsche, bald die Mitgliederzahl von 2000 zu erreichen. Eine lebhafteste Diskussion rief die Anstellung eines Hilfskassierers hervor, nicht wegen der Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit, darüber war man sich einig, sondern weil ein Bäcker und nicht ein Konditor angestellt wurde; letztere glauben sich zurückgesetzt. Den Konditor Kollegen wurde aber überzeugend nachgewiesen, daß ihre Interessen nach wie vor seitens der Gesamtorganisation voll und ganz gewahrt werden. Bei der Gelegenheit glaubte ein erst vor fünf Wochen wieder nach München zugereistes Mitglied Glosien über die „Herrn Verbandsbeamten“ reizen zu müssen und sich unwahrer Behauptungen bedienen zu können. Der Betreffende mußte sich aber lassen, daß in München nur der als der tüchtigste eingesehrt wird, der in treuer Pflichterfüllung und emsiger Kleinarbeit unsere Ideale und Ziele fördern hilft. Theoretische Phrasendrescherei haßt überall ab, auch in München. In die Verwaltung wurden, mit ein paar Änderungen, die bisherigen Kollegen wiedergewählt.

Nürnberg. (Fabrikbranche.) In der Generalversammlung am 27. Januar erstattete Kollege Lämmermann den Jahresbericht, woraus hervorging, daß das verfloßene Jahr wieder sehr arbeitsreich gewesen ist. An Stelle des Kollegen Hechtel, welcher verhindert war, gab Kollege Hörner den Kassenbericht, der befriedigend lautete. In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Lämmermann, als Revisor Hörner, Dietrich, Rosenbauer, Baumgärtner, Augustin, Diesel und Loos. In die Vergütungskommission wurden neugewählt die Kollegen Leher, Bajt und Krasser.

Nürtingen-Wilhelmshaven. Am 21. Januar fand unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Pietruska erstattete den Jahresbericht, Weitemeyer gab den Kassenbericht. Kollege Schwarting beantragte hierauf Entlastung des Kassierers, da er sowie Kollege Wülthuis die Bücher sowie Belege stets in bester Ordnung vorgefunden hätten. Hierauf nahm der Bezirksleiter Vencke-Bremen das Wort und führte unter anderem aus, daß wir mit voller Befriedigung auf das verfloßene Jahr zurückblicken könnten, nun aber so rüstig vorwärts schreiten sollten, damit auch der letzte Mann unserer Organisation zugeführt werde. Ferner forderte die Mitglieder auf, sämtlich der neuen Zuschlagsliste beizutreten, was von den Mitgliedern lebhaft anerkannt wurde. In den Vorstand wurden gewählt: Pietruska erster, Schwarting zweiter Vorsitzender; Weitemeyer erster, Nischau zweiter Kassierer; Dallinga erster, Peters zweiter Schriftführer; Revisoren Henneke und Eden; Kartelldelegierte Pietruska und Schwarting. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz am 25. Februar in Bremen wurden die Kollegen Henneke und Dallinga gewählt. Es waren in dieser Generalversammlung noch sechs Aufnahmen zu verzeichnen.

Sonneberg. Am 28. Januar fand unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war reichhaltig. Nach Erledigung eisiger Eingänge hielt der Bezirksleiter, Fr. Friedrich, einen Vortrag über die neue Krankenzuschlagsliste. Er wünscht, daß sich alle Kollegen anschließen. Sodann gab Kollege Braunschmidt den Geschäfts- und Kassenbericht. Kollege Liebermann den Kassenbericht. Danach betrug die Einnahme M 835,80, die Ausgabe M 789,19, der Kassenbestand M 46,61. Unterstützung wurde ausbezahlt auf Kosten der Hauptkasse an Arbeitslose M 61, an auf der Reise befindliche M 19, an kranke Mitglieder M 22. Der Markenumsatz betrug 1021. Aufnahmen wurden 21 vollzogen. Bücher und Kasse fanden die Revisoren in bester Ordnung, weshalb dem Kassierer Decharne einstimmig erteilt wurde. Unter Punkt „Vorstandswahl“ wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Neu gewählt wurde als zweiter Vorsitzender für Lauscha Kollege Neufuss und als Kartelldelegierter Walter, dortselbst. Zweiter Revisor wurde Boragil. Als Delegierte nach Erfurt zur Bezirkskonferenz wurde Kollege Liebermann gewählt. Anschließend hielt noch Friedrich einen dem Tage entsprechenden Vortrag und ermahnte am Schluß seiner Ausführungen alle Mitglieder, daß sie unablässig agitatorisch und organisatorisch tätig sein sollen im Interesse des Verbandes und zum Wohl aller Kollegen. In der am Schluß stattgefundenen Badmintersitzung wurde beschlossen, den Kollegen Braunschmidt als Delegierten nach Erfurt zu entsenden.

Stuttgart. Am 28. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der Tätigkeits- und Kassenbericht gab zu nennenswerter Kritik keinen Anlaß. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Wilh. Bad, zweiter Vorsitzender Jakob Mattheis, Kassierer Fr. Manz, Schriftführer Frz. Wendel, Revisor Weibel, Schade, Rulhardt, Zimmermann, Klingler. Als Revisoren wurden gewählt: Hausmann, Geiger II und Blank. Ein Antrag, 5 1/2 Lokalzuschlag pro Woche mit den männlichen Beiträgen zu erheben, wurde abgelehnt.

Traunkirchen. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Anwesend war Gauleiter Gahner, welcher auch einen kurzen Rückblick auf die stattgefundene Reichstagswahl gab. Als Stellvertreter der Vorsitzenden gab Kollege A. Kraus den Jahres- und Kassierer E. Staller den Kassenbericht bekannt. Bei der Wahl wurden nachstehende Kollegen gewählt: Vorsitzender Lorenz Staller, Kassierer Georg Winner, Schriftführer Andr. Kraus, Revisoren Gg. Schauer und Hans Eich. Die Kartelldelegation wurden wieder in der bisherigen Weise geregelt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, am Orte keine Reiseunterstützung mehr auszu-

bezahlen, was für die reisenden Kollegen von Wichtigkeit ist. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bleibt wie bisher. Lokalunterstützung wird ausbezahlt an Kollegen unter einem Jahre Verbandszugehörigkeit mit 30 %, über ein Jahr mit 50 %, das heißt, wenn die Beiträge in Ordnung sind. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf.

Wiesbaden. Unsere Generalversammlung, die von 46 Kollegen besucht war, tagte am 28. Januar. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und wurde noch vom Kollegen Dengel eingehend ergänzt. 93 Aufnahmen wurden gemacht und 6883 Beiträge gingen ein. Gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 15 Aufnahmen und ein Weniger an 29 Beiträgen. Unterstützung wurde M 1745,25 ausbezahlt. An besonderen Einnahmen sind zu verzeichnen 200 Maisfondsbeiträge à 5 % und 500 Wahlfondsbeiträge à 10 %. Für die Tabakarbeiter wurde gesammelt M 17,15. An die Mitglieder wurden 50 Broschüren von Dr. Sommerfeld à 20 % verkauft. An Ausgaben M 38, an Arbeitslose an Weihnachten und an sieben Soldaten M 21. Für die Ausgesperrten in Dresden M 20. Lokalunterstützung an 21 Durchreisende M 10,50. Die Gesamteinnahmen betragen M 4501,66. Die Ausgaben M 4407,54. Bleibt ein Kassenbestand von M 94,12 gegen M 146,67 des letzten Jahres. Arbeitslos waren 182 Mitglieder mit 3686 arbeitslosen Tagen, pro Arbeitsloser also drei Wochen Arbeitslosigkeit. Wir vermittelten an 10 Mitglieder feste Arbeit und an 87 Kollegen 3395 Aushilfsstage. Das Durchschnittsalter der Arbeitslosen betrug 27 Jahre. An Erfolg haben wir zu verzeichnen den Tarifabschluss mit zwei Brotfabriken und mit einem Großbetrieb, wodurch 21 Kollegen durchschnittlich M 2 Lohnzulage und viele sonstige Verbesserungen erhielten. Mit der Brotfabrik Müdrich war eine Einigung nicht möglich, trotzdem der Kampf der Firma die Hälfte der früheren Produktion kostete. Aber auch hier werden wir immer wieder versuchen, Herrn Müdrich zum Tarifabschluss zu bringen. Bei der Innung wurde ebenfalls versucht, den teuren Zeiten entsprechend einige Verbesserungen durchzudrücken; jedoch die Innung berief sich auf ihren Scheintarif mit dem Gesellen-ausschuss. Viele Kollegen, die auch gerne einscheiden wollten, standen bei Seite, und so war an einen entscheidenden Kampf nicht zu denken. Hoffentlich benutzen die Kollegen die kommenden Wochen, um das Versäumte nachzuholen. An dem Bericht schloß sich nur eine kurze Diskussion. Die Neuwahl des Vorstandes ergab keine wesentlichen Veränderungen. Gewählt wurden: Schmidt, Dengel, Fichtner, Strieder, Danner, Stuchling, Dieb, Rindsvogel, Maier; als Kartelldelegierte Danner und Dengel. Mit der Aufforderung, die Versammlungen und Vorträge im laufenden Jahre besser zu besuchen als im verflohenen, wurde die Versammlung geschlossen.

Würzburg. Die Generalversammlung am 11. Januar gab ein gutes Bild der Entwicklung der hiesigen Bäckstille. In diesem Jahre wurden 69 Neuaufnahmen gemacht und über 400 Beiträge gingen mehr als im vorigen Jahre ein. Die Mitglieder waren mit der Geschäftsführung des alten Vorstandes zufrieden. Aus der Neuwahl gingen folgende Kollegen hervor: erster Vorsitzender Haugg, zweiter Vorsitzender Konrad, erster Kassierer Bauerreiß, zweiter Kassierer Brendler, erster Schriftführer Helmichrott, zweiter Schriftführer Heller, Revisoren Weiß und Vatter. Kollege Haugg erläuterte die Neueinführung der Staffelbeiträge von M 1, welche in nächster Zeit stattfinden soll, wodurch den Mitgliedern eine erhöhte Krankenunterstützung gewährt wird. Zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Haugg und Hausenbauer als Delegierte gewählt.

Bäcker.

Breslau. Unter den hiesigen Bäckergefellern macht sich eine ziemliche Erregung bemerkbar und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß es in diesem Jahre wiederum zu einer ersten Tarifbewegung kommt. Veranlassung zu dieser Erregung gab die Innung, die mit dem „meistertreuen“ Gesellen-ausschuss einen „Lohnarif“ abschließen will, ohne daß die übrigen Bäckergefellern etwas von diesem „Tarif“ vorher zu sehen bekommen, geschweige denn, ein Wort mitreden sollen. Man wird die Erregung der Kollegen verstehen, wenn man daran denkt, daß die Innung vor einigen Wochen durch unerhörte Wahlgeschichten die Wahl des jetzigen Gesellen-ausschusses zustande gebracht hat. Vor zwei Jahren hat man den Gesellen auch einen „Tarif“ auf diese Weise aufgebrängt, und bei dem vorjährigen Lohnkampf lehnte die Innung jede Verhandlung mit den Vertretern unserer Organisation ab, indem sie auf den mit dem Gesellen-ausschuss abgeschlossenen Tarif hinwies. Genau dasselbe Manöver versucht auch jetzt wieder die Innung, um so die vorwärtsstrebenden Gesellen zu hindern, einen wirklichen Tarif abzuschließen. In einer gutbesuchten Versammlung, die am 15. Januar in den Unionssälen tagte, beschäftigten sich die Gesellen mit diesen dunklen Plänen. Winger unterzog die scharfmacherischen Pläne der Meister einer scharfen Kritik und verurteilte vor allem das Verhalten der Innung, die sich nicht scheut, mit den verwerflichsten Mitteln die Wahl der ihr genehmen Ausschussmitglieder zu betreiben, um dann mit diesen Leuten hinter verschlossenen Türen einen Tarif abzuschließen, der den Gesellen keinerlei Verbesserungen bringt. Daß die Innung kein ehrliches Spiel mit den Gesellen treibe, beweise zur Genüge der vor zwei Jahren von der Innung beschlossene Tarif, den kein Meister innehalte, nicht einmal die Vorstandsmitglieder der Innung. Winger ersuchte die Versammelten, die Augen offenzuhalten, damit ein Tarif abgeschlossen werde, der den Bäckergefellern eine wirkliche Verbesserung ihrer traurigen Lage herbeiführe. In der hierauf einsetzenden Aussprache waren sich alle Redner darin einig, daß die bisherigen Zustände unhaltbar seien. Von mehreren Rednern wurden Mißstände auf dem Nachweis der Innung vorgetragen. Nach wie vor würden Gesellen, die im Verdacht ständen, organisiert zu sein, bei der Vermittlung zurückgelegt. Ältere Gesellen würden nur in den seltensten Fällen vermittelt, daher sei eine Arbeitslosigkeit von zwei bis drei Monaten für ältere Gesellen eine Seltenheit. Bedauernd wurde, daß die Aufsichtsbehörde, der des öftern Beschwerden über den Arbeitsnachweis unterbreitet wurden, immer zugunsten der Innung entscheide. Wie die Beschwerden der Gesellen erledigt werden, zeigte Winger an einem Schreiben, das die Innung an die Aufsichtsbehörde gesandt hat. Das Schreiben enthält fast nur Unrichtigkeiten, trotzdem bekomme die Innung

recht. Da der Gesellen-ausschuss nicht imstande sei, das Wohl der Bäckergefellern zu vertreten, so beauftragte man die Leitung der Versammlung, der Innung geeignete Tarifvorschläge zu unterbreiten. Die Versammlung nahm noch eine Resolution im Sinne der Ausführungen Wingers einstimmig an. Die Kritik in dieser Versammlung ist nicht wirkungslos am Innungsvorstande vorübergegangen. Am Tage nach der Versammlung erschien der Obermeister Pruffog in Begleitung der beiden Ausschussmitglieder Jungnis und Zimmermann in der Bäckerherberge, um die Lage der Gesellen zu „verbessern“. Pruffog gab jedem arbeitslosen Gesellen zwei Glas Bier und einige Zigarren. Auch hielt der Herr eine Rede, worin des öftern die Worte „meine lieben Gesellen“ vorkamen. Er ermahnte dringend, sich nicht irre führen zu lassen durch die Reden in den Versammlungen von den Verbandsführern, und ließ am Schlusse die Gesellen hochleben. Daß Freibier und Zigarren aber nicht mehr ziehen, könnten die Bäckermeister heute bereits wissen! Die „Schlesische Bäckerzeitung“, welche sich auch mit obiger Versammlung beschäftigt, wundert sich, daß sich die Bäckergefellern über den Gesellen-ausschuss aufregen. Denn, so meint das Blatt, der Gesellen-ausschuss ist von der Mehrheit der Gesellen gewählt und hat somit das Recht, Tarife abzuschließen, ohne erst die Gesellen zu fragen. Wir sind von unfern schlesischen Kräutern und ihrem Annoncenblättchen ja allerlei gewohnt, aber diese Unverfrorenheit ist denn doch ein bißchen stark. Angesichts solcher Entrechtungsversuche seitens der Bäckermeister nebst ihrem famosen „Ausschuss“ darf man aber wohl erwarten, daß die unsern Verbände noch fernstehenden Kollegen endlich einssehen, daß nur eine geschlossene Organisation imstande ist, der Meistersippe etwas abzutragen.

Chemnitz. Eine große Bäckergefellernversammlung des Innungsbezirks Chemnitz, die vom Altgesellen einberufen war, fand am 25. Januar in der „Linde“ statt. Die Herren Bäckermeister wurden bewillkommnet, alle Großbetriebsbäcker aber sowie alle Arbeitslosen (?) unter Androhung des Hausfriedensbruchs aufgefordert, den Saal zu verlassen. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte über diese Maßregel der Bäckerinnung mit dem vorgeschobenen Gesellenvertreter. Es wurde von den Gesellen angeführt, daß doch ein Kollege nichts für seine Arbeitslosigkeit könne und es nur der Willkür der Arbeitgeber anheimgestellt sei, einen Gesellen gleich nach dem Weihnachtsgeschäft zu entlassen unter dem Vorwande, es sei zu wenig Arbeit vorhanden. Vor dem Feste fragt natürlich kein Meister den Gesellen, ob es ihm auch zu viel Arbeit ist, wenn er Tag und Nacht schenken muß. Die Unruhe unter den Kollegen nahm wegen der Gewaltmaßregel so zu, daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Kollege Heil forderte die Kollegen auf, zur weiteren Verfolgung der Versammlung nach dem Restaurant „Sängerloge“ zu gehen. Eine Viertelstunde später eröffnete dort Kollege Müdenberger die stark besuchte Versammlung und Heil geißelte nun das Verhalten des Gesellen-ausschusses in der „Linde“ und zahlreiche Kollegen meldeten sich zum Wort, worauf folgende Resolution angenommen wurde: „Die am 25. Januar 1911 in der „Sängerloge“ von 250 Bäckergefellern besuchte Versammlung, die sich nur aus Meistern zusammensetzt, hält es für ihre Pflicht, dem Gesellen-ausschuss von Chemnitz ihr Mißtrauensvotum auszusprechen. Sie verspricht, bei der nächsten Gesellen-ausschusswahl dafür zu sorgen, daß eine andere Zusammensetzung des Ausschusses zusammenkommt, so daß Kollegen gewählt werden, die es verstehen, die Interessen der Gesellen zu vertreten.“ Zahlreiche Kollegen wurden gewonnen und 6 1/2 Uhr die impotente Versammlung geschlossen.

Ueber den Verlauf der von dem Gesellen-ausschuss einberufenen Versammlung waren natürlich die Innungsmacher nicht sehr erbauet und in der bürgerlichen Klatschpresse am Orte kam hinterher ein ganz schamlos entstellter Bericht, der von Beschimpfungen der organisierten Bäcker sprach. Die verschiedenen Beschuldigungen sind aber dann von einem Augenzeugen in der Arbeiterpresse sofort wieder richtig gestellt worden, und wir entnehmen diesen Ausführungen noch das Folgende: Nicht in hellen Scharen sind die Brot- und Konsumbäcker vor die „Linde“ gerückt. Befanlich ist die Schar der dort Beschäftigten nicht groß, sondern die 10 bis 15 Kollegen aus Brotfabriken und der Konsumbäckerei waren längt im Saale, als der Altgeselle kam. Empört waren die bei Meistern beschäftigten und arbeitslosen Kollegen über das Verhalten des Altgesellen, der diktatorisch bei jedem aus der Versammlung gestellten Antrag erklärte: Den Antrag lehne ich ab. Sofern ein Kollege das Wort wünschte, fragte der Altgeselle den Obermeister Uhlmann. Selten gestattete es der Obermeister, daß jemand das Wort bekam. Der Altgeselle war das Sprachrohr, auf Deutsch der Hausknecht der Innung. Für die Innungsmeister waren Tische bei der Tribüne reserviert, die arbeitslosen Gesellen sollten die Versammlung verlassen, obwohl über das Herbergswesen, das vor allen Dingen die arbeitslosen Gesellen angeht, verhandelt werden sollte. Es war der Vorsitzende des Vereins Chemnizia (Nichtverbandsmitglied), der im Namen der Arbeitslosen beanspruchte, der Versammlung beizuwohnen zu dürfen. Der Altgeselle mußte, wenn jemand reden wollte, nichts Besseres zu tun, als zu klingeln und zu sagen: Ich lehne den Antrag ab. Nicht aufgelöst ist die Versammlung worden, sondern der Altgeselle hat sie geschlossen. Als die Versammlung geschlossen war, eröffnete Kollege Heil die Versammlung von neuem. Da war es der Altgeselle Kühn unter Mithilfe von circa 20 Meistertreuen und Gelben, die Rabau machten. Der Altgeselle klingelte dem Versammlungsleiter fortwährend ins Gesicht und suchte ihm mit der Faust vor dem Gesicht herum, so daß ein ruhiges Abwickeln der Geschäfte nicht möglich war. Als der Wirt sah, daß die Meistertreuen keine Ruhe hielten, forderte er die Versammelten auf, den Saal zu verlassen. Auch Kollege H. forderte die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen, was ohne Zwischenfall geschah, und man ging nach der „Sängerloge“, wo ungehört die öffentliche Versammlung abgehalten werden konnte. Alles verließ den Saal; die Innungsmeister aber mußten vom Wirtmeister darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch sie den Saal verlassen mußten.

Die Chemnitzer Bäckergefellern werden dafür sorgen, daß die Bäume der Innung und des Altgesellen nicht in den Himmel wachsen. Vorbedingung ist die Organisation. Darum hinein in euren Verband der Bäcker und Konditoren, damit ihr der organisierten Innung eine organisierte Kollegenschaft entgegenstellen könnt! Dann soll das Schindluder spielen mit den Bäckergefellern bald aufhören.

Görlitz. In der Obermühle Görlitz, Inhaber Schmidt, machen sich plötzlich Zeichen einer großen Feindschaft gegenüber der Arbeiterschaft geltend. Herr Schmidt seinen vielen Filialen und zahlreicher Arbeiterschaft gegenüber wahrhaftig etwas vorsichtiger mit seinen Arbeitern im Umgange. Er hat am Sonnabend, 30. Dezember 1912, die Mühle gekündigt, welcher über zehn Jahre bei ihm beschäftigt war, weil er der Organisation angehört, und zwar mit Begründung, „er wolle seinen Betrieb rein halten von solchen Bluten“. Was will wohl Herr Schmidt mit seinem Betribe anfangen, wenn die Arbeiterschaft jetzt auch ihre Brotkrumen vom Brot, das in der Obermühle gebacken wird, nicht hält??? Auch als er einen neuen Gesellen annahm, die erste Frage, ob er im Verband sei; als es nicht der Fall war, wurde er selbstverständlich angenommen. Wenn die kurzlebige Herr glaubt, unserer Organisation einen Schaden zu verleihen, so möge er sich erst einmal umsehen, wie er keinesgleichen sich die Finger verbrannt haben und sind, unserer Organisation nichts mehr in den Weg zu legen brauchen! Aber die ganze Sache hat einen besonderen Grund. Der entlassene Kollege war nämlich nebenbei Beiragsammler für unsere Organisation tätig und hatte deshalb Gelegenheit, nach dem Nachbarorte Mloß zu dem Bäckermeister Mühl zu kommen. Dieser Meister ist vor allem ein gefährlicher Arbeiterfeind, und deshalb wird die Mloßer Arbeiterschaft ihn nicht aus dem Auge verlieren. Auf Drängen dieses Herrn Mühl und unter Androhung, kein Mehl mehr zu beziehen, wenn der organisierte Kollege, nicht aus der Obermühle entlassen würde, mußte letzterer auf die Straße hinaus, mußte entlassen werden! Hier sieht man wieder den Terrorismus der Unternehmer in schönster Blüte! Doch auch die Arbeiterschaft von Mloß ist nicht gewillt, solche Schläge ruhig hinzunehmen, um so weniger, als es noch mehr Bäckereien gibt, wo sie ihren Bedarf decken kann, und die leicht lernt Bäckermeister Mühl doch noch, Arbeiterschaft anders einzuschätzen als heute. Wenn er einen ernstlichen Kampf mit der allgemeinen Arbeiterschaft heraufbeschwören will, so wird es am Ende wohl kaum diese sein, die zuletzt den kürzeren gezogen hat. Daß der Besitzer der Obermühle in das gleiche Horn blies, ist natürlich eine ebenso schlimme Provozierung der Arbeiterschaft, und bei den nachfolgenden Aussprachen hat sich der Herr noch vollends auf den gleichen Standpunkt wie Meister Mühl gestellt. Als ein Verbandvertreter bei ihm wegen Einstellung des Kollegen vorstellte, fragte er als rechter „Herr im Hause“, „ob er daru Auskunft zu geben brauche“. Und als der Verbandskollege darauf hinwies, daß der Betrieb doch fast nur Arbeiterschaft habe, sagte er brüsk: „Es sei ihm gleich, ob der Arbeiter bei ihm Brot kaufen oder nicht; er brauche den Arbeiter nicht!“ Wird eine solche Antwort, die wie blutige John klingt, der Arbeiterschaft gleich sein? Wir glauben nicht, sondern erwirnen vielmehr, daß sie nicht versäumen wird, sich erkenntlich zu zeigen. Und wenn Herr Schmidt weiter meint, ein Bäckergefelte könne nicht zugleich ein Agitator sein, so wollen wir ihm den Rat geben, sich nicht daran zu kümmern, was ein solcher in seiner freien Zeit tut, denn die Arbeiter kümmern sich auch nicht darum, was der Unternehmer in ihrer freien Zeit treiben. Hoffentlich trage diese Zeilen aber dazu bei, auch die noch weiter absteigenden Arbeiter auf das Gebahren solcher „Freunde“ aufmerksam zu machen, und andererseits die Unternehmer daran zu erinnern, daß wir heute nicht mehr im Mittelalter leben, und daß die Arbeiterschaft sich ihr Koalitionsrecht durch brutale Willkür nicht mehr rauben läßt.

Jena. Recht hübsche Muchkollegen sind hier in Jena die beiden Kollegen Stein und Hoff. Ersterer, ein früherer Feuer erglühender Verbandskollege, welcher während seiner Zugehörigkeit zur Organisation alles unzureißende drohte und versprach, alles mögliche für die Organisation zu tun, kam heute wieder nichts, als bei den Bäckermeistern herumzulaufen und die Verbandskollegen außer Arbeit bringen. Der Hoff hat unserer Organisation noch nicht angehört, unterstützt aber den Kollegen Stein nach Kräften bei seiner schmutzigen Arbeit. So hat er es jetzt versucht, einen Kollegen namens Kramer durch nachstehenden Brief außer Arbeit zu bringen, aber wohlweislich die Unterschrift fehlen lassen.

Sehr geehrter Meister!

Habe mich sehr gewundert, als ich gestern da bei Ihnen vorbei ging und Ihren Gesellen Alfred Kramer im Laden sah.

Es wird Ihnen wahrscheinlich noch gar nicht bekannt sein, welche heizerische Rolle er im roten Verband spielt, es ist nämlich 2. Vorsitzender. Im Kaffeehaus kann er nicht schlecht genug auf Sie schimpfen. Als er noch bei uns im Regellklub war, war er schon der größte Pöker, er ist auch nur zum Schein aus dem Verein gegangen. Bei Regensburger den Gesellen hat er noch verschafft.

Von seinem Mädchen haben wir noch erfahren, daß er so nicht ewig bei ihnen ist, der will nämlich in Konsum, daß dauert wahrscheinlich aber noch lange. Es wäre für ei leichtes den Menschen los zu werden, Gründe findet man schon. Nur nicht so übereilen, wenn der erst raus wäre wäre der größte Pöker raus und der kriegt keine Arbeit.

Doch diesmal ist der geplante Streich nicht geklappt. Der Bäckermeister, bei welchem Kollege Kramer beschäftigt ist, hat ihn nicht entlassen, ihm aber den Brief ausgehändigt, weil er sich jedenfalls gesagt hat, daß er besser daran ist, wenn er einen guten Arbeiter behält, auch wenn dieser der Organisation angehört. Doch mögen die beiden Muchkollegen in sich gehen und von ihrer schmutzigen Arbeit ablassen, sonst könnte es vielleicht passieren, daß die organisierte Arbeiterschaft es ablehnt, Brot zu essen, das von derartigen schmutzigen Händen hergestellt wird. Für heute wollen wir diesen Feldern mit auf den Weg geben: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“.

Polizei und Gerichte.

Schweineereien in einer Dresdner Bäckerei kamen in einer Verhandlung gegen den Bäckermeister Arthur Ewald Schlieder auf der Flemmingstraße zur Erörterung. Schlieder erhielt eine Strafverfügung über M 15, gegen die er richterliche Entscheidung beantragte. Bei einer Revision durch die Wohlfahtspolizei am 1. November wurde festgestellt, daß im Schlafraum der Lehrlinge große Unsauberkeit herrschte. In

Der Backstube war der Fußboden mit einer dicken Schmutzkruste überzogen, das Rehrmehl war zusammengelehrt aber nicht entfernt worden. Der Spudnapf war lange nicht gereinigt; er war mit einer Schmutzkruste überzogen. Der Bäcker meinte: „Was da für Anforderungen an einen gestellt werden, das ist grenzenlos; da kann einer gar nicht mehr bestehen.“ Das Gericht erkannte, mit Rücksicht auf die große Unsauberkeit und weil der Angeklagte deswegen schon einmal vorbestraft ist, auf die gesetzlich zulässige Höchststrafe von M. 30.

Grobe Unsauberkeiten in einer Halleischen Honigkuchenfabrik wurden am 9. Januar vor dem Schöffengericht in Halle a. d. S. aufgedeckt. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte sich der dortige Inhaber der Honigkuchenfabrik E. Tornow Nachf., O. Funk, zu verantworten. Als Zeugen waren in erster Linie ein Polizeileutnant und einige Gehilfen, die in dem Betriebe in den letzten Jahren beschäftigt waren, geladen. Ersterer bezeugte, daß der ganze Betrieb einen furchtbaren unsauberen Eindruck gemacht habe. Der Zeig hätte in offenen Kübeln im Keller gestanden, wo die Hühner ohne weiteres zu ihm kommen. Herr Funk habe bekundet, daß der Teig vor Verbrauch nicht gereinigt, sondern alles mit verarbeitet wurde, damit nichts verloren gehe; ein junger Anfänger müsse alles zusammennehmen! So kam der Beamte zu dem Ergebnis, daß in dem Betriebe viel zu wünschen übrig bleibe. Als zweiter Zeuge wurde der Kollege S. Vuhle vernommen; seinen Schilderungen zufolge ist unter anderem aller Honigkuchen, an dem die Waden und andere Unreinigkeiten haften, nach oberflächlicher Reinigung wieder mit frischem Teig verarbeitet worden. Juckerabfälle, zwischen denen Papier, Holzreste u. a. m. sich befanden, wurden wieder zu „indischem Brot“ verarbeitet. Dem frischen Teig wurde ebenjohlicher Zucker hinzugefügt, ohne daß derselbe durch ein Sieb gegossen worden wäre. Zur Charakterisierung der Keimlichkeitsliebe des Unternehmers sei noch vorgehoben, daß er auf die Frage, warum er seinen Betrieb nicht ordentlich sauber ausüben ließe, antwortete: Die Spinnweben müßten hängen bleiben, damit sich die Moten und Fliegen darin „fangen“ sollen! Er versuchte dann alle Schuld auf den Gehilfen abzuwälzen; um dies zu beweisen, mußten neue Zeugen geladen werden, weshalb die Verhandlung abgebrochen wurde.

Am 25. Januar fand der Schlußtermin statt, in dem aber wiederum die bereits im ersten Termin vorgebrachten Angaben bestätigt werden mußten. Der Staatsanwalt beantragte M 500 Geldstrafe und Publikation in allen Tageszeitungen. Das Urteil lautete auf M 250 Geldstrafe, die Publikation wurde fallen gelassen.

Wir wollen zu diesem Falle nur bemerken, daß wir gerade in den letzten Jahren recht oft gezeugen waren, unbillbare Zustände in den Halleischen Honigkuchenfabriken in unserer Presse zu schildern. Wenn die Unternehmer dadurch nicht kurieren werden, wie wir hier in diesem Falle leider wieder konstatieren müssen, so bleibt dem Arbeiter eben weiter nichts übrig, als sich seiner Organisation anzuwenden, um mit deren Hilfe geordnete Verhältnisse zu schaffen. An den traurigen Zuständen sind meist nur die Arbeiter, die lange Arbeitszeit während der Saison und die niedrigen Löhne schuld. Wenn besonders die Lohnverhältnisse besser wären, bräuchten die Beschäftigten sich nicht nach den Ueberstunden zu sehnen, aber sie tun es jetzt, um nur einmal einige Groschen mehr zu verdienen. Aber auch die Gewerbeinspektion trifft ein Teil Schuld, die Revisionen gerade dieser Betriebe sind äußerst gering. Kollegen, zieht aus alle dem die richtige Lehre und schließt Euch einmütig der Organisation an, dann können wir für alle Betriebe bessere Verhältnisse schaffen!

Auf Ausstellung eines Zeugnisses und Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung klagte ein Hilfsarbeiter im Laborator der „Schokoladenwerke“ von Abels in Bremen. Die Klage zeigte zugleich, wie eine Gewerbegerichtsverhandlung nicht geleitet werden sollte. Der Kläger verlangte M 23,00 Entschädigung wegen ungezügelter Entlassung und ein Zeugnis über Führung und Leistung. Die Beklagte hatte ihm nur einen Entlassungsschein ausgestellt. An sich hat der Arbeiter gesetzlichen Anspruch darauf, daß ihm ein Zeugnis über Führung und Leistung ausgestellt wird, es fragt sich nur, ob es für ihn in jedem Falle zweckmäßig ist, ein derartiges Zeugnis zu verlangen. Das würde sich beispielsweise nicht empfehlen, wenn weder die Führung noch die Leistung eine gute war. Im vorliegenden Falle verlangte nun der Kläger ein derartiges Zeugnis. Dazu bemerkte der Vertreter der Beklagten, daß die Leistungen des Klägers mangelhaft waren und daß ihm auch keine gute Führung attestiert werden könne, weil er sich im Betriebe an einer Schlägerei beteiligt habe. Anstatt nun Erhebungen darüber anzustellen, wer die Schlägerei inszeniert hat und ob und in welchem Maße der Kläger daran beteiligt war, erklärt sofort der Vorsitzende: „Dann muß auch die Schlägerei mit ins Zeugnis hinein.“ Wie kann denn ein Richter das wissen, wenn er nur eine Partei gehört hat? Jedem Richter sollte es doch in Fleisch und Blut übergehen, sich dann erst eine Meinung zu bilden, wenn er beide Parteien gehört hat. Durch ein solches Verfahren, wie es heute beliebt wurde, wird ein unerfahrener Kläger nur eingeschüchtert und dazu veranlaßt — selbstverständlich ohne Absicht — seine Forderung fallen zu lassen. So geschah es auch hier, soweit sich die Forderung auf das Zeugnis bezog. Hierauf trat das Gericht erst in die Beweis-erhebung darauf ein, ob ein gesetzlicher Grund zur sofortigen Entlassung des Klägers vorlag. Nach der Darstellung mehrerer Zeugen hat der Kläger bezüglich seiner Keimlichkeit wiederholt zu Klagen Anlaß gegeben. Das ist ein Umstand, der um so schärfer zu verurteilen ist, weil man von den Arbeitern eines Nahrungsmittelbetriebes verlangen muß, daß sie auf die Sauberkeit das größte Gewicht legen. Im übrigen ergab aber die Beweisaufnahme, daß sich der Werkmeister nicht so benommen hatte, wie man es von einem Vorgesetzten erwarten muß. Er hatte den Kläger am Entlassungstage zuerst einen Drecksack geschmissen und als dieser ihm mit der gleichen Münze heimgeworfen wurde, er vom Werkmeister an den Hals gepackt und hinausgeworfen. Daß der Kläger vom Werkmeister eine Ohrfeige bekommen hat, wie er behauptete, wurde nicht erwiesen. Auf Grund dieses Resultats der Beweiserhebung

kam das Gericht zur Abweisung der Klage. Nach Ansicht des Gerichts ließ sich nicht feststellen, daß der Entlassung eine körperliche Mißhandlung des Klägers vorausgegangen war. Festgestellt wurde aber, daß sich der Werkmeister „Tätlichkeiten“ gegen den Kläger zuschulden kommen ließ und daß er der erste war, der eine beleidigende Äußerung gebrauchte. Wenn das Gericht trotzdem zu der Ansicht kam, daß die Entlassung gerechtfertigt war, so mag es damit bei den Unternehmern Verständnis finden, bei den Arbeitern jedenfalls nicht. Was würde der Vorsitzende wohl gejagt haben, wenn der Arbeiter den Werkmeister an die Gurgel gepackt und mit Gewalt hinausbugsiert hätte? Ob in dem Falle wohl eine körperliche Mißhandlung als erwiesen erachtet worden wäre? —

Plötzliche Entlassung wegen Beleidigung des Direktors. Einen abgünstigen Keil nannte der Kutscher S. den Direktor einer Dampfbäckerei. Ferner machte er ihm zum Vorwurf, daß er sich das Brot zu Einkaufspreisen ins Haus bringen lasse. Die Folge war, daß S. sofort entlassen wurde. Heute verlangte er eine Entschädigung im Betrage von M 44,33, weil er glaube, daß seine Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Das Gericht erklarte aber in den Äußerungen des Klägers eine grobe Beleidigung des Direktors und erkannte auf Abweisung der Klage.

Internationales.

Genosse Franz Silberer, der Vorsitzende unserer österreichischen Bäckereiorganisation der Bäckereiarbeiter, dessen wahrscheinliche Verunglückung im Hochgebirge wir in Nummer 4 meldeten, ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden; somit ist jede Hoffnung aufzugeben, daß er noch unter den Lebenden weilt. Die letzte Spur von ihm ist in Zell am See am 7. Januar entdeckt worden. An diesem Tage hat der Verein der Naturfreunde dort einen Ausflug auf den Hundstein unternommen und dabei eine abseits führende Skispur entdeckt, die nur von Silberer herrühren konnte. Er muß auf eine falsche Bahn geraten sein und ist dann, da an dem Tage ein furchterliches Unwetter mit Regen und Schneesturm ausbrach, zugrunde gegangen.

Silberer bekleidete seit dem Jahre 1898 die Funktion des Gehilfenobmannes in Wien. Innerhalb dieser Periode gelang es, unter seiner Führung eine Reihe schwerer Kämpfe in und ausserhalb Wiens siegreich abzuschließen. Ein gewaltiger sozialer Unterschied in bezug auf die wirtschaftliche Lage der Bäckereiarbeiter machte sich seit den letzten zehn Jahren bemerkbar, ein steter Aufstieg in der Organisation, deren Kräftigung und Wehrhaftigkeit Silberer nach seinem besten Können stets förderte. Grosse Veränderungen erfuh die innere wie auch die äussere Form der österreichischen Organisation unter Silberers Tätigkeit als Redakteur und Sekretär. Der heutige Verband der Bäckereiarbeiter Oesterreichs ist vorwiegend Silberers Werk. Nicht minder sind seine Verdienste um das Zustandekommen des Bäckerschutzgesetzes, dessen eigentlicher Schöpfer er war.

Auch die Internationale der Bäcker und Konditoren half Silberer schaffen; durch das von ihm ausgearbeitete Statut erhielt die internationale Vereinigung im Jahre 1910 eine festere Grundlage. Seine meisterhafte Diplomatie kam ihm bei den schwersten Problemen ungemein zugute, nie war er von Schwermut befangen, über alles glitt er mit einer leiteren Miene hinweg, und doch besass er eine unbegreifliche Willenskraft, die Freund und Feind empfanden haben.

Die österreichischen Bäckereiarbeiter verlieren in Silberer also einen der besten und tätigsten Förderer ihrer Interessen und sie können sein Andenken nicht besser wahren, als dass sie inunerdar in seinem Geiste weiterarbeiten.

Wirtschaftliche Rundschau.

In unserer allgemeinen Betrachtung über das Wirtschaftsjahr 1911 konnte nachgewiesen werden, daß das Jahr hindurch ein stotter Geschäftsgang anhielt und sich die Ein- und Ausfuhrwerte ganz enorm steigerten. Auf dem Arbeitsmarkte hatte der Andrang zu den offenen Stellen gegen das Vorjahr bedeutend nachgelassen, was allgemein auf die Steigerung der Beschäftigungsziffer zurückzuführen ist. Soweit nun für den ersten Monat des neuen Jahres Berichte vorliegen, hat auch die günstige Situation angehalten. Wohl ist der Andrang zu den offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkte durch die eingetretenen kalten Witterungsverhältnisse in manchen Bezirken gestiegen; das ist jedoch eine alljährlich wiederkehrende vorübergehende Erscheinung.

In unsern Bezirken ist durch die Beendigung der Hochsaison eine größere Abflauung des Beschäftigungsgrades eingetreten. Dieser Vorgang spielt sich jedoch alljährlich ab, und eine Besserung greift erst wieder Platz bei Beginn der Ostersaison.

Nach den vorliegenden Mitteilungen der Marktpreise ist bei Getreide die Tendenz zur Preissteigerung vorhanden. Berlin notierte zum Jahresanfang für Weizen M 215,75 und erreichte ausgangs Januar M 217,25. Roggen war ständigen Schwankungen unterlegen. Zu Beginn des Jahres wurden M 196,75 bezahlt, samt Mitte des Monats auf M 196, um am Ende wieder den gleichen Stand beizubehalten. Von den Agrariern und ihnen nahestehenden Interessenten wurde unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß an der Steigerung der Getreidepreise hauptsächlich der trockene Sommer schuld sei und dadurch das Erntergebnis sehr beeinträchtigt wurde. Nun liegen die endgültigen Zahlen der Erntestatistik für Deutschland vor, nach welchen, was Brotgetreide anbelangt, von einem schlechten Ausfall keine Rede sein kann. Der Ertrag des Weizens ist sogar von 3,88 Millionen Tonnen im Jahre 1910 auf 4,06 Millionen Tonnen im Jahre 1911 gestiegen und hat den höchsten bisher überhaupt verzeichneten Ertrag aufzuweisen. Die Roggenernte ergab 10,86 gegen 10,51 Millionen Tonnen im Jahre vorher. Hier ist die höchste Ernte mit 11,94 Millionen Tonnen 1909 erzielt

worden. Die ungünstigen Ernteverhältnisse sind erfreulicherweise bei Brotgetreide nicht eingetreten, damit ist auch erneut wiederum bestätigt, daß die Preissteigerung lediglich auf die Wucherpolitik der Junfer zurückzuführen ist.

Die Preise für Zucker haben wenig Änderungen erfahren. In Magdeburg kostete Brotraffinade I zu Beginn des Monats M 26,50 bis M 26,75, und am Ende des Monats M 26,50 bis M 27 pro 50 kg; gemahlene Raffinade M 26,25 bis M 26,50 beziehungsweise M 26,23 bis M 26,75; gemahlene Melis I stieg im Preise von M 25,75 bis M 26 auf M 25,75 bis M 26,50. Im allgemeinen ist die Stimmung auf dem Zuckermarkte nicht besonders unternehmungslustig. Der flauende Geschäftsgang ist auch auf die neuesten Maßnahmen des internationalen Zuckerkomitees, das am 29. Januar in Brüssel zusammentrat, zurückzuführen. Die Zuckerausfuhr aus Rußland nach den europäischen Ländern war bisher in der Konvention auf 200 000 Tonnen festgesetzt. Durch den steigenden Mehrverbrauch und den Rückgang der Ernte in einzelnen Ländern ist der Preis ganz enorm in die Höhe geschwenkt, während in Rußland durch die günstigen Ernten in Podosolien und der Ukraine enorme Mengen an Zucker lagern. Nun verlangt Rußland von der Zuckerkonvention, daß ihm für das laufende Jahr eine Ausnahme gestattet werde, statt 200 000 Tonnen 500 000 Tonnen auszuführen. Während England diesem Verlangen beitrifft, sträuben sich die Zuckeraufkäufer in Deutschland und Oesterreich mit Händen und Füßen. Nach der Tagespresse wird nun versucht, durch Schacher eine Einigung herbeizuführen. Der Ausgang hängt von der Stellung Englands ab. Bleibt es bei seinem Standpunkt, dann wird Rußland Rechnung getragen, oder, wenn die übrigen Länder nicht einverstanden sind, dann wird die Konvention ihren Halt verlieren. Ueber den Ausgang werden wir berichten.

Bei der Zuckernernte kann auch dasselbe wie beim Getreide nun nachgewiesen werden, nachdem die Zahlen der vorjährigen Welternte vorliegen. Danach stehen infussive der Vorräte für das Jahr 1911/12 nach Schätzung 14,076 Millionen Tonnen zur Verfügung. Nach dieser Aufstellung wird auch für die kommende Ernte ein Vorrat verbleiben.

Die Kakaopreise sind im Vergleich zu dem Parallelmonat des Vorjahres gesunken. Kaka M 48 gegen M 50; Bahia M 51 gegen M 53 und Arriba M 56 gegen M 59 per 50 kg. Gegenüber dem Jahre 1909 hatte das Vorjahr in allen Sorten bedeutende Preisreduzierungen aufzuweisen.

Wie wir schon wiederholt nachgewiesen haben, ist in der Kakaoindustrie in den letzten Jahren ein rapider Aufschwung eingetreten. Nach vorliegenden Schätzungen soll im vergangenen Jahre die Ernte 24 1/2 Millionen Kilogramm betragen; um 27 Millionen Kilogramm mehr als im Jahre 1910 und 42 Millionen Kilogramm mehr als im Jahre 1909. Der Weltverbrauch betrug schätzungsweise 230 Millionen Kilogramm, gegen 200 bzw. 194 Millionen Kilogramm in den beiden vorhergehenden Jahren. Nach diesen Berechnungen wäre ein Weltvorrat von 126 Millionen Kilogramm vorhanden. Die Entwicklung dieser Industrie ist am besten aus der Tatsache zu ersehen, daß der Verbrauch an Kaka von 122 Millionen Kilogramm im Jahre 1903 auf 230 Millionen Kilogramm im Vorjahre stieg. Das ist fast eine hundertprozentige Zunahme des Weltverbrauchs.

Für die breite Masse der Bevölkerung ist in der enormen Belastung durch die Preissteigerung aller hauptsächlichsten Verbrauchsartikel und besonders der Nahrungsmittel keine Erleichterung eingetreten. Die nun seit einigen Jahren schon ankaltende Preissteigerung wird zur Folge haben, daß mit dem Eintritt des Frühjahrs die Lohnkämpfe in noch stärkerem Maße um sich greifen. Es kann jedoch jetzt noch nicht vorausgesagt werden, in welchem Umfange dadurch Erschütterungen im Wirtschaftsleben eintreten; soviel ist aber heute schon sicher, je hartnäckiger sich das Unternehmertum den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft entgegenstellt, um so schärfere Formen werden bei den Zusammenstößen Anwendung finden. Die günstige Konjunktur bietet den Arbeitern dabei mancherlei Vorteile; diese nun auszunutzen, werden sich die Organisationen angelegen sein lassen müssen.

Für die Arbeiterinnen.

Die Wirkung des sozialen Elends auf die Körperentwicklung bei den Kindern. Jeder, der einmal bei dem Ausgang einer Schule steht, wenn die Schulkinder zu Ende sind und nun sieht, wie die Kinder ins Freie strömen, wird den Unterschied gesehen haben, der zwischen dem Aussehen der Kinder begüterter Familien und dem der Armenkinder besteht. Während die einen rotwangig und frisch sind, sehen die anderen bleich und müde aus, manchmal liegt in ihren jungen Gesichtern schon ein Zug des Kummers und der bitteren Enttäuschung. Wie groß der Unterschied in der Entwicklung der reichen und der armen Kinder ist, das zeigen immer mehr und mehr die Ergebnisse, welche durch die Statistik der Schulärzte zutage gefördert werden. In Glasgow haben zwei Ärzte 72 357 Kinder untersucht und während zweier Jahre ihr Wachstum und ihre Gewichtszunahme genau beobachtet. Sie fanden nun folgende Resultate, die bei der herrschenden Wohnungsnot immer lehrreicher werden. Es ergab sich nämlich, daß bei den Kindern gleichen Alters Größe und Gewicht regelmäßig mit der Zahl der bewohnten Räume wachsen. Bei den Knaben gestaltete sich dieses Verhältnis folgendermaßen:

Zahl der Wohnräume	Gewicht im Alter von			Durchschnittliche Größe im Alter von		
	5 Jahren	9 Jahren	13 Jahren	5 Jahren	9 Jahren	13 Jahren
1 Raum ...	33,8 Z	46,7 Z	63,5 Z	97,5 cm	116,3 cm	133 cm
2 Räume ...	35,0 "	48,2 "	65,6 "	99,8 "	119,0 "	135 "
3 "	35,9 "	49,8 "	68,4 "	101,8 "	120,5 "	137 "
mehr als 3 Räume ...	36,4 "	51,1 "	69,7 "	103,5 "	122,0 "	139 "

Bei den Mädchen sind die Resultate dieselben. Die Zahlen erzählen uns eine traurige Geschichte von bitterem Kinderleid und Kinderelend. Mangelhafte Wohnung, ungenügende Ernährung und mangelnde Pflege, weil die Mütter

verdienen muß! Sie fordern aber auch, daß die Mütter dieser Kinder um eine bessere Zukunft kämpfen sollen. Mütter, hört auf die Mahnung der nüchternen Zahlen!

Zwanzig Jahre Arbeiterinnenzeitung in Oesterreich. Im jetzigen Monat werden die österreichischen Genossinnen ein Erinnerungsfest feiern. Es waren am 1. Januar 20 Jahre seitdem die Arbeiterinnenzeitung zum ersten Male erschienen. Damals nahm nur ein kleines Häuflein von Frauen und Mädchen an dem Leben und den Arbeiten der Partei teil, und es war ein mutiger und kühner Schritt, den dieses kleine Häuflein der Parteigenossinnen damals wagte; aber es war auch ein wichtiger und erfolgreicher Schritt. Es war eine notwendige Tat, und deshalb konnte ihr auch der Erfolg nicht ausbleiben, der besonders auch der Schriftleitung, die in den Händen der Genossin Popp von Anfang an lag und die von Beginn an ihre beste Kraft der Zeitung gewidmet hat, zu danken ist. Alle Sorgen, auch die materiellen, die zuerst nicht klein waren, hat sie tragen müssen, und wenn die österreichischen politisch organisierten Arbeiterinnen heute soweit gekommen sind, daß ihr Blatt finanziell und geistig gefestigt ist, dann ist es auch das Verdienst der genannten Genossin. Die Arbeiterinnenzeitung hat jetzt 26000 Leserinnen.

Genossenschaftliches.

Ausdehnung der Eigenproduktion in den holländischen Genossenschaften. Die Großverkaufsgesellschaft des holländischen Genossenschaftsbundes hat im Laufe des Jahres 1911 die Errichtung einer Fleischwarenfabrik vorbereitet, die jetzt den Betrieb begonnen hat. Die Fabrik befindet sich in Harlem in dem Gemeindehause. Da die Konsumvereine besonderen Wert auf gute Qualität der Ware legen und die nachträgliche Kontrolle bei der Wurst häufig sehr schwer ist, ist die Errichtung einer genossenschaftlichen Wurstfabrik besonders wertvoll. Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine stellt zwar noch keine Fleischwaren im eigenen Betrieb her. Sie verkauft aber unter andern Wurstwaren aus der Fleischerei der „Produktion“ in Hamburg und des Konsumvereins Leiszig-Plagwitz.

In dem unter christlicher Leitung stehenden Weidener Konsumverein war ein freigemeinnütziger Bäcker beschäftigt. In dieser Genossenschaft herrschen in bezug auf Arbeitszeit und Lohnverhältnisse gegenüber andern Konsumvereinen ziemlich gute Verhältnisse, die die Verwaltung wohl nicht in die Offenheit dringen lassen wollte. Daher die Sucht, den „Roten“ loszuwerden. Am 13. Januar kündigte man ihm. Als Grund wurde Arbeitsmangel ins Feld geschickt — dabei wurde schon einige Tage vorher Ersatz für den Entlassenen gesucht. Ein neuengestellter Gehilfe erhielt M. 19 Wochenlohn, M. 4 weniger als der Entlassene! Als der Verwaltung durch ein Schreiben mitgeteilt wurde, daß ihr Vorgehen als eine Maßregelung zu betrachten sei, rückte sie mit der Behauptung heraus, der Entlassene habe sich verschiedene Schulden kommen lassen. Mit Einzelheiten rückte man nicht heraus, wohl weil solche fehlten. Am 24. Januar wurde unser Bezirksleiter Gumpendobler vorstellig und ersuchte die Herren der Verwaltung um Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigung. Die Herren weigerten sich, und der Vorstand schimpfte Gumpendobler einen notorischen Hege, der mit nichts zufrieden sei; man solle bedenken, daß man sich in einem christlichen Betriebe befinde, und da müsse man sich fügen! So ehrlich wie dieser Herr gesprochen hat, werden es wenige „Christliche“ tun. Besonders interessant war es, daß sich der Herr Vorstand hinter die Bäckermeister am Orte versteckte. Wenn diese bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben — erklärte er — dann würde der Konsumverein auch nachkommen. Nach weiteren Auseinandersetzungen wurde dem Organisationsvertreter die Türe gewiesen. In das Anstandsgefühl appellieren, half bei den Herren nichts. Wieder ein Beweis, wie weit die christliche Arbeiterfreundschaft in diesen Gefilden reicht. Die Handlungsweise der christlichen Arbeiter als Arbeitgeber im Weidener Konsumverein gibt zum Denken Anlaß und die Bäckergehilfen müssen einsehen, daß sie sich selbst verraten haben, wenn sie sich in den Maschen der Zentrumsvereine verrannt haben. Ihre Berufsorganisation kann allein der Zentralverband der Bäcker und Konditoren sein.

Fachtechnische Rundschau.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt. Auskünfte frei. Angemeldete Patente: Kl. 2 b. S. 53 741. Vorrichtung zum Reinigen der Formplatten für Leigpressen mittels Druckwasser. Firma F. L. Hasteb, Buztehude. Ang. 24. März 1911.

Gebrauchsmuster: Kl. 2 a. 493 656. Folierungsverfahren für Backformen. Alexander Schöne, Hargerode. Ang. 2. Dezember 1911. — Kl. 53. 493 952. Abstaubmaschine für Zuckerwaren oder dergl. Jos. Schiller, Belin, Böhmen. Ang. 4. Januar 1912.

Angemeldetes österreichisches Patent: A. 4248-11. Kl. 2 a. Einrichtung an Backöfen zur Aufnahme der aus dem Ofen zu befördernden Backware. Hans Dulog und Jos. Czefalla, beide Bäcker in Breslau. Ang. 18. Juli 1911.

Literarisches.

Die Luftschiffahrt und was man von ihrer Geschichte wissen muß. Von Ingenieur Zanus. Verlag Wiener Volksbuchhandlung. 29 Seiten. Preis 20 S.

D. D.-G., Buch Nr. 6, 1912. Verlag der Deutschen Diamant-Gesellschaft m. b. H., München. 214 Seiten.

Konsumgenossenschafts-Brevier. Urteile von Männern der Wissenschaft und Praxis über die Konsumvereine. Zusammenge stellt von Dr. Aug. Müller. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg. 40 Seiten.

Internationales Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe. Bericht für das Jahr 1910. 12 Seiten. Selbstverlag.

Konsumerschutz vor Fälschung und Produzentenswillkür. Von August Rasch. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg. 16 Seiten.

Gewerkschaften und Genossenschaften. Von A. v. Elm. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg. 24 Seiten.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 30. Januar starb unser Mitglied, die Kollegin Lida Geidel, geb. Schwager, im 24. Lebensjahre. Ehre ihrem Andenken! [M. 3,60] Zahlstelle Zeitz.

Achtung!

Zahlstelle Hamburg-Altona. Sektion der Grobbäcker. Die nächste Sektions-Versammlung findet nicht am 10. Februar, sondern am 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Fr. Karg, Hamburg, Rosenstr. 37. 1. Et., stat. Tagesordnung: 1. Rückblick auf die Reichstagswahl. Referent Genosse Kürbis-Altona. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz. 3. Verschiedenes. [M. 4,50] Um zahlreiches Erscheinen bittet Die Sektionsleitung.

Unserm Kollegen Fritz Kohn und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung [M. 3,80] Zahlstelle Breslau.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Zürich (Schweiz) ::: Bäcker. Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Wasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckerarbeitern bestens. Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler. [M. 4]

Liedertafel Amicitia-Concordia der vereinigten Bäcker Hamburgs von 1886

Große Privat-Masquerade am Mittwoch, 14. Februar, im festlich decorierten großen Saale sowie in den Nebenräumen des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof 57. Die Dekoration stellt dar: Ein Winzerfest im Rheinlande + + + Auftreten alter Hamburger Typen wie Hummel, Zitronensette usw. Fein und hinnerl werden mit Wigen, Späßen und humoristischen Vorträgen aufwarten. 12 Uhr: Einzug des Prinzen Karneval im decorierten Festwagen. Alsdann Demaskierung + Saalöffnung 7 1/2 Uhr + Anfang 8 Uhr + Der Eintrittspreis beträgt einschl. Lustbarkeitssteuer und Garderobe für Herren 1 Mk., für Damen 60 Pfg. Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein [M. 16] Der Vorstand

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Sonntag, 11. Februar: Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bergedorf: 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. — Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Offen a. d. Ruhr: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Bürgerhalle“, Rottstr. 29. — Oagen-Schwerte: Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. — Hannover (Brotfabriken): Vorm. 11 Uhr bei Wolf, Schillerstr. 4. — Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Minden i. Westf.: 4 Uhr im „Kolosseum“, Hermannstraße. — Neuch: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimers, Furter Straße 110. — Oldenburg: 4 Uhr bei Bachhufen, Kurvstr. 28. — Plauen i. V.: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“. — Remscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — Saarbrücken: 3 Uhr im „Livoli“, Gerberstr. 26. — Solingen: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Wittenberg (Halle): Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit“, Löpferstr. 1. — Wolfenbüttel: 4 Uhr bei Friede, Fischerstraße. Montag, 12. Februar: Verford: 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kurfürstenstr. 3. Dienstag, 13. Februar: Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. — Eisenach: 4 Uhr, „Zur Loreley“, Alexanderstraße. — Gärth i. V.: 5 Uhr bei Simader, Gartenstr. 1. — Hamburg-Altona (Konditoren-Backgehilfen): 8 1/2 Uhr bei Paeton, Kaiser-Wilhelm-Straße 77. — Heidesberg: 3 Uhr, „Zum goldenen Römer“, Hauptstr. 41. — Rosenheim: Im

SENKING WERK HILDESHEIM

Hoflieferant S. M. d. Kaisers :: Kgl. Bayr. Hoflieferant empfiehlt sich zur Lieferung von

DAMPFBACKÖFEN

aller Art

als Auszug-, Einschieß- und Kombinationsöfen sowie Spezialöfen für Kleinbäcker und Konditoren zur Beheizung mittels fester Brennstoffe oder Gas

ferner zur Einrichtung kompletter

Brotfabriken u. Bäckereien

auf Grund langjähriger Erfahrung

Bei Bäckereien eingeführte rührige

:: Platz-Vertreter gesucht ::

Backmeister.

Größere Brotfabrik sucht einen durchaus verlässigen tüchtigen Backmeister bei gutem Gehalt. — Offerten unter M. Z. 1575 an die Expedition dieses Blattes. [M. 4]

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle. Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr. Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde. Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. Emil Schultz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.

Mündener Bäcker und Konditorgehilfen beden ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/20

„Frühlingsgarten“. — Straßburg i. Elz. (Fabrikbranche): 7 Uhr, „Zum Simphon“, Biergartenstr. 24; (Konditoren): 9 Uhr, „Zur Laterne“, Laternengasse 3.

Mittwoch, 14. Februar: Augsburg: 4 Uhr, „Zur Wacht am Rh-in“. — Crimmitschau: 5 Uhr in der Zentralherberge. — Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. — Hamburg v. d. S.: 8 Uhr, „Zur neuen Brücke“. — Striegau i. Schl.: In Sauers Lokal, Wilhelmstraße. — Waldenburg i. Schl.: 4 Uhr „Zur Sandmühle“.

Freitag, 16. Februar: Braunschweig (Konditoren): 8 Uhr im „Felseneller“, Juliusstraße.

Sonntag, 17. Februar: Oberfeld: 8 Uhr im Volkshaus. — Hamburg-Altona (Grobbäcker): 8 1/2 Uhr bei Fr. Karg, Rosenstr. 37. — Zerlöhn: 8 Uhr bei Ludwig Hahn, Schillerlag. — London: 8 Uhr, Charlotte Street 107. — Stettin (Konditoren und Tagbäcker): Bei Liptow, König-Albert-Straße 48. — Straßburg i. Elz. (Fabrikbranche): 4 Uhr, „Zu den drei Aehren“, Neuborf, Ringbergstraße; (Fabrikbranche): 8 Uhr, „Zur Laterne“, Laternengasse 3.

Sonntag, 18. Februar: Dessau. — Gelsenkirchen: 2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65. — Landshut: Im „Hofbräu“, Neustadt 444. — Neunkirchen: „Zu den drei Kaisern“, Oberer Markt.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.